

# Globalisierung gerecht gestalten

## Anders Handeln



Das Bündnis **TTIP STOPPEN**  
heißt jetzt **Anders Handeln**

# Vom Widerstand gegen TTIP und CETA zu **Anders Handeln**



## Globalisierung gerecht gestalten

Um den bisherigen Widerstand verstärkt fortzuführen, ist Anfang März 2018 die neue Plattform **Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten** ins Leben gerufen worden.



Ziel ist es, Alternativen zur neoliberalen Agenda in den Vordergrund zu stellen, aus dieser Perspektive heraus Kritik an den aktuellen Handelsabkommen zu formulieren und vor allem die allgemeine Ablehnung einer breiten Masse gegenüber dieser ungerechten Politik aufzuzeigen. Unsere Kritik ist nämlich grundsätzlicher Natur und nicht nur spezifisch in Bezug auf bestimmte Abkommen. Sonderklagerechte für Konzerne und Eingriffe in die öffentliche Daseinsvorsorge sind grundsätzlich abzulehnen!



Wir bleiben weiterhin eine Stimme für eine gerecht gestaltete Globalisierung und gegen die neoliberale Freihandelsagenda. Bereits 2014 haben wir begonnen eine breite Zivilgesellschaft hinter der Kampagne TTIP STOPPEN zu versammeln. **Gemeinsam haben mehr als 60 Organisationen gegen TTIP, CETA und TiSA gekämpft – und das mit Erfolg!**



Wir haben es geschafft CETA und der EU Kommission Steine in den Weg zu legen und TTIP vorerst zu verhindern! Während der breite Widerstand gegen neoliberale Handels- und Investitionsabkommen weltweit wächst, versuchen die Regierungen vieler Länder weiterhin die neoliberale Handelsagenda voranzutreiben – so auch die EU-Kommission mit den EU-Mitgliedsländern. Die Inhalte bleiben unverändert: Sonderklagerechte für Konzerne, regulatorische Zusammenarbeit, weitere Marktöffnung und die Festschreibung von Deregulierungen.

**Wir wünschen euch eine spannende Lektüre und Nachschau über unsere bisherigen Alternativen zur neoliberalen Freihandels- und Investitionspolitik und laden euch ein, gemeinsam mit uns:**

**Anders handeln und Globalisierung gerecht gestalten!**

1. Auflage, März 2018



## Inhalt

<b>Plattform Anders Handeln: Globalisierung gerecht gestalten!</b> .....	4
Unser neues Leitbild .....	4
Arbeitsschwerpunkte für 2018 .....	6
Sei dabei. Handle Anders. ....	7
<b>Landwirtschaft &amp; Ernährung</b> .....	8
Gutes Essen und gutes Klima für alle. ....	8
<b>Beschäftigung &amp; gesamtwirtschaftliche Auswirkung</b> .....	10
Gute Arbeit für alle, überall.....	10
<b>Demokratie &amp; Rechtsstaatlichkeit</b> .....	12
Menschen vor Profite. Konzerne entmachten.....	12
<b>Öffentliche Daseinsvorsorge</b> .....	14
Gemeinsam organisieren, was lebenswichtig ist. ....	14
Kurzfassung: Alternatives Handelsmandat .....	17
Kurzfassung: 10 Kernbereiche Alternatives Handelsmandat .....	19
Fotodokumentation Aktionen TTIP-CETA-STOPPEN.....	38
Graphic Recording Konferenz – Arbeitsgruppen .....	41
CETA = TTIP 1.0.....	44
Über 400 Gemeinden sind TTIP/CETA/TiSA-frei .....	46
Literaturliste .....	47

Anlässlich der internationalen Konferenz 2015 **Anders handeln** bestärkten VertreterInnen von Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen in Wien ihre grundsätzliche Ablehnung der aktuellen internationalen Handelsagenda. Nötig sei eine grundlegend andere Politik und keine Reform. **Ergebnisse in dieser Broschüre zum Nachlesen!**

Link zur Konferenz zum Anschauen:



[www.proge.at](http://www.proge.at)



# Plattform **Anders Handeln:** **Globalisierung gerecht gestalten!**



## Unser neues Leitbild

Wer profitiert heute vom globalen Wirtschaftssystem? In erster Linie Konzerne, Großunternehmen und die dahinter stehenden Vermögenden. Sie spielen Staaten und Beschäftigte gegeneinander aus, um ihre Steuern und die Löhne zu senken. Sie betrachten Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards als Hürden, die es zu beseitigen gilt. Sie nützen Sonderklagerechte für Konzerne, um Regierungen am demokratischen Rechtsstaat vorbei unter Druck zu setzen.

► **Die Globalisierung im Dienst der Konzerne ist kein unabwendbares Schicksal**, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte. Wir stellen uns ihr rund zwanzig Jahren entgegen – mit einigen Erfolgen: Gemeinsam mit unseren Verbündeten in anderen Ländern haben wir Ende der 90er Jahre das Multilaterale Abkommen über Investitionen (kurz MAI) verhindert – den ersten großangelegten Versuch, Sonderrechte für Konzerne auf internationaler Ebene festzuschreiben. Auch die weitere Deregulierung von Gesundheit, Bildung und anderen öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen des allgemeinen Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation (GATS) konnten wir in den ersten 2000er Jahren aufhalten.

► **Die Agenda der Konzerne ist die gleiche geblieben, ebenso wie die Handelspolitik der EU.** Die rund dreißig Abkommen, welche die EU derzeit im Auftrag aller Mitgliedsländer verhandelt, enthalten die immer gleichen, fatalen Konzern-Wunschlisten. Die bekanntesten Beispiele dafür sind TTIP und CETA. Gemeinsam mit unseren Verbündeten in Europa und Nordamerika konnten wir sie entscheidend bremsen – und zugleich große Teile der Bevölkerung gegen die neoliberale Handelspolitik insgesamt mobilisieren. Doch dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Ein grundlegender Kurswechsel ist nötig.

► **Es ist höchste Zeit, anders zu handeln: Wir wollen die Globalisierung gerecht gestalten.** Das Interesse von Mensch und Umwelt muss über jenem von Kapital und Konzernen stehen – weltweit. Damit unterscheiden wir uns gleichermaßen vom Neoliberalismus der Regierenden in Europa wie vom Nationalismus und den „Mein Land zuerst“ Politiken der Rechtsparteien.

► **Anders Handeln: Schaffen wir Gerechtigkeit für alle statt Profite für wenige.** Wir wollen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards ausbauen, statt sie im Teufelskreis der Standortkonkurrenz immer weiter auszuhöhlen. Kleine und mittlere Unternehmen, die sozial und ökologisch arbeiten, werden gegenüber großen Konzernen nicht länger benachteiligt; Beschäftigte sowie Bauern und Bäuerinnen in unterschiedlichen Ländern nicht länger gegeneinander ausgespielt. Handel trägt dazu bei, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, statt Ausbeutung von Mensch und Natur und Dumping zu fördern. Investitionen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung vor Ort.

► **Anders Handeln: Sichern wir unsere Lebensgrundlagen**, statt Klima und Umwelt zu zerstören. Waren werden so lokal oder regional wie möglich und so global wie nötig hergestellt und gehandelt. Egal, wo produziert wird: Die bestmöglichen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards sind das Ziel, nicht der maximale Profit.

► **Anders Handeln: Erhalten wir Bildung, Gesundheit, Wasser und vieles mehr als öffentliche Güter.** Sie dürfen keine Waren sein, die sich nur wenige leisten können. In Handelsabkommen haben sie daher nichts zu suchen. Bauen wir öffentliche Dienstleistungen so aus, dass sie allen Menschen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen.

# Anders Handeln

► **Anders Handeln: Schützen und erweitern wir politische Handlungsspielräume**, statt sie durch Sonderklagerechte für Konzerne oder unumkehrbare Regelungen im Interesse von Konzernen zu untergraben. Handels- und Investitionspolitik muss so gestaltet sein, dass Menschen-, ArbeitnehmerInnen- oder Umweltrechten erreicht und umgesetzt werden.

► **Anders Handeln: Stärken wir die Demokratie in der Handelspolitik**. Alle Betroffenen bestimmen vor, während und nach Verhandlungen in breiten Diskussions- und Beteiligungsverfahren mit. Stärken wir in der Handels- und Investitionspolitik jene Institutionen, die für Initiativen aus der Bevölkerung zugänglich sind: Gemeinden und Parlamente, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

## Koordinationsstreffen, 29. November 2017

Mehr als 30 Organisationen haben teilgenommen.



# Plattform **Anders Handeln:** **Globalisierung gerecht gestalten!**



## Arbeitsschwerpunkte für 2018

### **Menschen vor Profite. Konzerne entmachten.**

Verbindliche Regeln für Konzerne statt globale Konzernklagerechte.

Trotz des massiven Protests und der Ablehnung dieser Instrumente von vielen BürgerInnen in der EU, verhandelt die EU Kommission weiter Konzernklagerechte in bilateralen Abkommen (Japan, Mexico, China etc.) bzw. treibt das Vorhaben eines globalen Gerichtshofs für Konzerne voran. Zugleich blockiert bzw. bremst die EU den Vorschlag bzw. Prozess für die Verhandlung eines verbindlichen UN Vertrages für Konzerne, der Instrumente vorsieht, die Konzerne dazu anhalten sich an Menschenrechte zu halten.

Wir wollen mit dieser Kampagne:

- ▶ den Widerstand gegen Konzernklagerechte in Österreich als Teil einer europäischen bzw. internationalen Strategie aufrechterhalten und ausbauen sowie den Widerstand gegen die Idee eines globalen Gerichtshofs für Konzerne muss erzeugen. Wir wollen hier auch jene Abkommen kritisieren, die Länder des globalen Südens betreffen.

- ▶ den öffentlichen Druck auf die österreichische Regierung für einen verbindlichen UN Vertrag für Konzerne erhöhen.

### **Gemeinsam organisieren, was lebenswichtig ist.**

**Gute Arbeit für alle, überall.**

**Gutes Essen und gutes Klima für alle.**

**Demokratie in der Handelspolitik! – CETA Stoppen**



## Sei dabei. Handle Anders.



### Werde UnterstützerIn:

Unterzeichne die Petition auf der Website oder bei unseren Veranstaltungen.  
Erzähle deinen Bekannten davon!

**Abonniere unseren Newsletter**, um am Laufenden zu bleiben.

**Organisiere Vorträge und Diskussionen** in deiner Gemeinde, Schule, deinem Verein oder im Betriebsrat.

**Wir unterstützen dich gerne dabei!**

**Beteilige dich** an unseren Aktionen!

Alle Informationen und Termine unter: [www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at)

# Landwirtschaft & Ernährung

## Gutes Essen und gutes Klima für alle.

Neoliberale Handelspolitik bedeutet industrielle Landwirtschaft, Klimakrise, Ungleichheit und ungesundes Essen. Sie bedroht die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft und die Umwelt. Wir wollen einen gerechten und schonenden Umgang mit unseren Lebensgrundlagen! Wir wollen Ernährungssouveränität, eine demokratische Lebensmittelpolitik und Klimagerechtigkeit!



### Ergebnisse der Konferenz

Die EU-Landwirtschaftspolitik war schon von Anfang an nicht nachhaltig positioniert. Mechanismen wie TTIP und CETA führen dazu, dass die Konzentration vor allem großer Agro-Konzerne noch zusätzlich verstärkt wird.

**Peter Rossmann, Internationale Lebensmittelgewerkschaft IUL**

**Irmi Salzer, ÖBV**

**Ludwig Rumetshofer, ÖBV**

**Gerhard Riess, PRO-GE**

### WTO und Auswirkungen auf die Nahrungsmittelpolitik weltweit

Seit 2002 blockiert der wachsende zivile Widerstand die WTO-Doha-Runde. Dadurch wurde zwar die Integration noch weiterreichender Investitionsbestimmungen in die WTO abgewehrt, zugleich aber auch ein globales Ernährungssystem festgefroren, dessen zerstörerische Merkmale sich in der Nahrungsmittelkrise 2008 und allen folgenden Krisen manifestierten, die im Wesentlichen zum Dauerzustand geworden sind. Während die Konzerne die WTO-Verträge und die im Innern enthaltenen Sanktionsmöglichkeiten also weiterhin nutzen, begeben sie sich gleichzeitig auf eine andere schnellere Bahn, um an ihr Ziel zu gelangen.

Doch auch was die Sicherheitsnormen bei Fleischhandel anlangt, haben die Konzernlobbyisten klare Ziele vor Augen. Im vergangenen Jahr genehmigte die Europäische Kommission die Einfuhr von amerikanischem Rindfleisch, das mit Milchsäure behandelt ist. Darauf einigte man sich, um die Spannungen zu entschärfen, zu denen es in Folge einer erfolgreichen WTO-Beschwerde der USA gegen das EU-Verbot von mit Wachstumshormonen gefüttertem Rindfleisch gekommen war. Die EU hielt an ihrem Verbot fest, obwohl die WTO befand, dass es gegen mehrere WTO-Vertragsbestimmungen verstieß und den USA Anspruch auf jährliche Sanktionszahlungen in Höhe von 116 Mio. US \$ zugestanden hatte.

### Strategie des Widerstandes

Gerade das Thema Lebensmittel hat ein großes Potenzial für den Widerstand gegen TTIP in der Bevölkerung. Es wird auch damit klar, dass es einen Schutz und eine klare Regulierung von Märkten im Lebensmittelsektor geben muss. Diese Rechte müssen auch entsprechend durchgesetzt werden. Eine der neuen Strategien ist es auch, die Bäuerinnen und Bauern zu mobilisieren, um diese verschiedenen Blöcke innerhalb der Gesellschaft aber auch der Politik zu spalten. Durch diese regionalen Strukturen und Vernetzungen verschiedener Gruppen ist es auch möglich, die Demokratie zu verteidigen und entsprechend auszubauen. Unsere Methode muss es ein, sehr subversiv im Widerstand tätig zu werden.

### Wie erfolgt die Transformation dieser Prozesse

Dabei ist es wichtig, dass es einen klaren Schutz und Regelungen von landwirtschaftlichen Produkten gibt. Gerade das Beispiel der derzeitigen Entwicklung rund um den billigen Milchpreis zeigt, dass mit dieser Strategie keinesfalls Kleinbetriebe in der Europäischen Union und vor allem in Österreich überleben können.

Das Recht auf Nahrung kann nicht für alle Menschen garantiert werden, wenn das bestehende Modell der industriellen Landwirtschaft, nach dem

# Anders Handeln



Nahrung für einen nicht regulierten globalen Markt erzeugt wird, weiterhin Anwendung findet.

Um die Zerstörung der Agrarmärkte im globalen Süden zu verhindern muss die EU es sich zum langfristigen Ziel machen, eine größtmögliche Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Futtermitteln zu erreichen. Dies ist nicht nur die Vorstellung des alternativen Handelsmandats, sondern auch die Vorstellung der Arbeitsgruppe unter dem Thema Ernährungssouveränität.

Am Beispiel des Strukturvergleichs der Stärkefabriken USA und Europäische Union zeigt sich, welches ungemeine Potenzial die USA für die Zukunft der Zuckerproduktion vor allem in der Isoglucose-Ebene hat. In den USA gibt es 27 Fabriken, in Europa 78. Die Isoglucose-Produktion (Flüssigzucker aus Mais) beträgt 8 Mio. Tonnen in den USA. Der Marktanteil in den USA für Isoglucose beträgt 42 %.

Gerade die Liberalisierung des Zuckermarktes mit 2017 zeigt, dass Strategien der Europäischen Union, wonach seit 2009 80 Zuckerfabriken geschlossen wurden und über 20.000 Leute ihren Arbeitsplatz verloren haben, nicht dazu geführt hat, dass der Zuckerpreis für die KonsumentInnen billiger geworden ist.

Diese neue Strategie mit Zucker aus Mais und somit Import von Gentechnik-Mais ist eine neue Strategie für große multinationale Konzerne. Der Preis für Isoglucose ist etwa um 60 % günstiger als Zucker aus Zuckerrohr oder Zuckerrüben.

Für die Arbeitsgruppe war es auch wichtig, auf Übereinkommen der ILO Kernarbeitsnormen vor allem in Bezug der ILO-Norm 184 hinzuweisen. Dabei geht es um den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft. Österreich hat bis heute diese Regelung nicht übernommen.

## Weitere Informationen

Zahlen Landwirtschaftskammer: <https://www.lko.at/?+Zahlen+++Daten+&id=2500%2C%2C1644178%2C>

Statistik Austria Landwirtschaft: <http://www.statistik.at>

Internet Site des LW Ministeriums: <http://duz.bmlfuw.gv.at/>

# Beschäftigung & gesamtwirtschaftliche Auswirkung

## Gute Arbeit für alle, überall.

Die EU verspricht: Handelsabkommen bringen mehr Wohlstand. Was sie verschweigt: Hart erkämpfte Arbeits- und Sozialstandards werden im Teufelskreis der Standortkonkurrenz ausgehöhlt, Beschäftigte in unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausgespielt. ILO – Kernarbeitsnormen, abgeleitet aus den Menschenrechten, gelten als “Handelshemmnis“. Wir wollen gute Arbeit für alle – überall. Wir wollen Kooperation statt Wettbewerb und Schutz der Arbeits- und Menschenrechte. Ernährungssouveränität, eine demokratische Lebensmittelpolitik und Klimagerechtigkeit!



### Mit TTIP wird keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen

In TTIP, CETA und Co geht es nicht um Beschäftigung oder um den Ausbau von sozialen Standards und ArbeitnehmerInnenrechten.

**Prof. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen**  
**Michael F. Dolan, US-Gewerkschaft „Teamsters“**  
**Angela Pfister, Österreichischer Gewerkschaftsbund**  
**Simon Theurl, freier Wissenschaftler**

Auch geht es nicht um „Freihandel“, also um die Reduktion von Zöllen, denn diese wurden größtenteils bereits beseitigt bzw. sind schon sehr niedrig, wie im Automobilsektor. Dort betragen zum Beispiel die Zölle auf Kraftfahrzeuge ohnehin nur mehr 2,5 %. In Wirklichkeit werden mit den geplanten Handelsabkommen ausschließlich Unternehmen gestärkt. Das geht soweit, dass mit den Investitionsschutzbestimmungen und mit nunmehr einer neuen Variante von ISDS (Investor-Staat-Streitschlichtung) in TTIP eine einklagbare Versicherung für die Renditen von Unternehmen geschaffen werden soll.

All das lässt sich durch die Erfahrungen mit NAFTA (Freihandelszone der USA, Kanada und Mexiko) untermauern. Damals wie heute wurden in den USA Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze durch Exportsteigerungen versprochen. 20 Jahre später lässt sich das Gegenteil beobachten: NAFTA war für die US-Wirtschaft nachteilig, Beschäftigung ging verloren und die Lohnarbeitseinkommen sind gesunken. So sind laut dem amerikanischen Forschungsinstitut „Economic Policy Institute (EPI)“ alleine in den ersten 10 Jahren NAFTA beinahe 1 Million Arbeitsplätze verloren gegangen. Auch nach US Regierungsquellen wurden gemäß der Datenbank des „Trade Adjustment Assistance (TAA)“-Programmes – ein Programm für ArbeitnehmerInnen zur

Unterstützung infolge handelsbezogener Anpassungen – 840.000 Personen als arbeitslos in der Folge von steigenden Importen aus Kanada und Mexiko sowie von Unternehmensabwanderungen in diese Partnerländer der USA qualifiziert.

Die einseitige Sichtweise, die ausschließlich mögliche Exportgewinne in den Mittelpunkt der Debatte stellt, verdeckt die Gesamtzusammenhänge und somit die möglichen Risiken der neuen Handelsabkommen. Die Beseitigung von Standards und Qualitätsregulierungen zwischen den USA und der EU wird unter anderem Verschiebungen von Handelsströmen zur Folge haben. Wegen der geringeren Lohnkosten in den USA ist von einer Verlagerung der Produktion und einem Anstieg des Lohndrucks auszugehen. Mit TTIP ist somit ein enormer Druck auf die Arbeitsbedingungen in beiden Ländern zu befürchten.

### Solidarität statt Wettbewerb

Aus der Sicht von Michael Dolan sind die aktuellen Handelsabkommen abzulehnen sofern Investitionsschutzbestimmungen in irgendeiner Form, Bestimmungen über eine regulatorische Kooperation sowie öffentliche Dienstleistungen enthalten sind. Darüber hinaus sind neue Handelsabkommen nur dann vor-

# Anders Handeln



stellbar, wenn ArbeitnehmerInnenrechte enthalten sind und mit Sanktionsbestimmungen versehen werden. Wenn das so wie bei CETA nicht der Fall ist, muss das geplante Abkommen strikt abgelehnt werden.

Für Prof. Schrooten stehen Freihandelsabkommen im Widerspruch zu der Idee eines sozialen, solidarisches Europas und somit im Widerspruch zum eigentlichen Zweck der Europäischen Union, nämlich „Frieden zu sichern“.

Ein klares NEIN zu TTIP, CETA und Co ist somit eine starke und legitime politische Position. Schrooten

fordert ein grundlegendes Umdenken in der politischen und ökonomischen Ausrichtung der EU. Das stetige Wachstum von Produktion, Handel und Konsum immer billigerer Waren und Dienstleistungen sieht sie als eine Einbahnstraße. Am wichtigsten wäre es Solidarität an die Stelle von Wettbewerb in den Mittelpunkt des Handelns zu rücken.

Als konkrete Alternativen zur dominanten Handelspolitik wurden dann unter anderem die Stärkung regionaler Produktionsketten, Arbeitszeitverkürzung, der Ausbau der Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte und die Bekämpfung von Sozial-Dumping diskutiert.

## Weitere Informationen:

Gefährliche Komplizen von M. Dolan: [http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files\\_mf/tpp\\_ttippweb1.pdf](http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/tpp_ttippweb1.pdf)  
20 Jahre NAFTA: [www.citizen.org/documents/NAFTA-at-20.pdf](http://www.citizen.org/documents/NAFTA-at-20.pdf), <http://www.wege-aus-der-krise.at/materialien-und-aktionen.html>  
ÖGB-Broschüre: [http://www.oegb.at/cms/S06/S06\\_1.8/themen/ttip-ceta-tisa-und-co](http://www.oegb.at/cms/S06/S06_1.8/themen/ttip-ceta-tisa-und-co)

# Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

## Menschen vor Profite. Konzerne entmachten.

Weiterhin werden Handelsabkommen intransparent und geheim verhandelt. Handels- und Investitionspolitik im Interesse von Mensch und Natur braucht aber die Beteiligung von vielen. Anders Handeln heißt: Alle Betroffenen bestimmen mit. Gemeinden und Parlamente, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft müssen sich beteiligen können. So wird sichergestellt, dass das Gemeinwohl im Zentrum steht.



Instrumente, die in TTIP verhandelt wurden, in CETA bereits enthalten sind oder in anderen Handelsverträgen diskutiert werden, verändern die Rechtsstaatlichkeit bzw. Demokratie.

**Amélie Canonne, Attac**  
**John Hilary, War on Want**  
**Alexandra Strickner, Attac**  
**Madeleine Drescher, Attac**



### Sonderklagerechte für Konzerne

Hier wird ausländischen Investoren – zumeist sind das Konzerne – das Recht gegeben, Staaten bei privaten Schiedsgerichten zu klagen, sofern sie sich ungerecht behandelt oder indirekt enteignet sehen. In CETA ist dieses Instrument enthalten mit privaten Schiedsgerichten. In TTIP wird darüber verhandelt. Der große öffentliche Druck hat dazu geführt, dass die Europäische Kommission einen „Reformvorschlag“ vorgelegt hat. Dieser betrifft jedoch nur das Verfahren – statt bei privaten Schiedsgerichten, die keiner Öffentlichkeit unterliegen und wo es keine Parteistellung anderer oder Berufungsverfahren gibt, soll ein sogenannter Investitionsgerichtshof eingerichtet werden, mit Richtern, die nominiert werden und von öffentlichen Geldern bezahlt werden. An dem grundlegenden Recht, dass ausländische Investoren Staaten klagen können, ändert sich nichts.

**Sonderklagerechte für Konzerne verändert massiv die Rechtsstaatlichkeit** – es gibt ein Spezialrecht für eine kleine Gruppe von Unternehmen.

Im Inland oder „nur“ in der EU produzierende/exportierende Unternehmen werden so benachteiligt und vice-versa gilt dasselbe für US Unternehmen, die nur am US Markt tätig sind. Darüber hinaus werden Konzerne bzw. Kapitalinteressen auf die gleiche Ebene wie der Staat und somit öffentliche Interessen gehoben.

### Sonderklagerechte für Konzerne hat massive Auswirkungen auf die Demokratie

– Konzerne klagen auf Schadenersatz aufgrund entgangener Gewinne durch Umweltgesetze, Gesundheitsschutzgesetze bis hin zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. In Ländern, die bereits seit Jahren dieses Instrument haben, gibt es auch vielfach belegte Erfahrungen, dass Konzerne mit der Androhung von Klagen auch bereits erfolgreich das Einbringen von solchen Gesetzen im Vorfeld verhindert haben.

### Regulatorische Kooperation/Rat für Regulatorische Kooperation

Dieses Instrument ist bereits in CETA enthalten und soll auch in TTIP enthalten sein. Im Kern geht es darum einen Rat einzurichten, der bestehende und zukünftige Gesetzgebung darauf hin überprüft, ob diese den Handel zwischen Kanada, den USA und der EU nicht behindern.

Der Rat besteht aus Vertretern der EU-Kommission und der US-Administration (also Kommissare und US-Minister). Zuarbeit liefern ein Gremium, in dem Beamte aus den jeweiligen Ländern sitzen. Stakeholder sollen vorab über zukünftige Gesetze informiert und auch in den Prozess involviert werden. Wie bereits jetzt, wird es hier einen bevorzugten Zugang von großen Konzernen geben. Man kann zu Recht davon sprechen, dass mit diesen Institutionen die Möglichkeit geschaffen wird, dass Konzerne

# Anders Handeln

Gesetze von Anfang an mitschreiben, lange bevor ein Gesetzesentwurf je einem nationalen oder dem EU Parlament bzw. US Kongress vorgelegt wird.

## Ratchet-Klausel, Stillstand-Klausel, Regenschirm-Klausel

CETA, TTIP & Co. enthalten diese Klauseln.

### Ratchet-Klausel:

Jede Liberalisierung, die nach Abschluss des Abkommens gemacht wird z.B. in Dienstleistungsbereichen, wird automatisch Teil des Abkommens.

### Stillstand-Klausel:

Einmal gemachte Liberalisierungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das Liberalisierungsniveau wird festgeschrieben.

### Regenschirm-Klausel:

Die „Regenschirm-Klausel“ verlangt von einem Zielland, alle Verpflichtungen gegenüber ausländischen Investoren zu respektieren, auch wenn diese nicht im Investitionsschutzabkommen festgehalten sind, sondern beispielsweise in einem direkten Vertrag zwischen dem Staat und einem einzelnen Unternehmen. Konkret heißt das, dass (vermeintliche) Verstöße gegen solche Einzelverträge ebenfalls vor internationalen Schiedsgerichten einklagbar sind. Somit werden Wahlen quasi sinnlos bzw. ad absurdum geführt – denn zukünftige Regierungen, die mitunter andere politische Ideen haben, können einmal gemacht Liberalisierungen nicht mehr rückgängig machen. Sie finden sich in einer rechtlichen Zwangsjacke wieder.

Welche Handelspolitik braucht es, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärkt und vertieft? Wir haben folgende Elemente dazu entwickelt bzw. diskutiert:

## Handelspolitik

► Die Frage einer anderen Handelspolitik muss eingebettet sein in die Vision eines anderen Wirtschaftsmodells, welches soziale, ökologische und demokratische Ziele verfolgt und in dessen Zentrum das Gute Leben für alle steht, und die Umsetzung und Einhaltung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen etc. Menschenrechte ebenso wie die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

► Kernelemente eines solchen anderen Wirtschaftsmodells sind u.a. Ernährungssouveränität, die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe und somit die Stärkung des lokalen Handels gegenüber dem globalen Handel.

► Der Fokus der Europäischen Wirtschaftspolitik ist grundlegend zu ändern – weg von der Orientierung, die global wettbewerbsfähigste Region werden zu wollen, hin zu einer Region, in deren Zentrum das Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht. Das Gute Leben für alle in Europa darf auch nicht auf dem Rücken von Menschen bzw. Natur in anderen Regionen außerhalb der EU organisiert sein. Sie haben genau das gleiche Recht auf ein gutes Leben wie wir.

► Handelspolitik und Investitionsregeln sind diesem Ziel entsprechend auszurichten.

► Gewisse Bereiche haben in der Handelspolitik nichts zu suchen, z.B. der gesamte Dienstleistungssektor. Han-

delspolitik ist daher auf das zurückzuschumpfen, worum es ursprünglich geht: Regeln, die den Handel mit Gütern betreffen.

► Handel muss wieder zum Zweck für gesellschaftliche Ziele werden, nicht zum Ziel.

► Handelsabkommen müssen garantieren, dass Staaten, die solche abschließen, völkerrechtlich höher stehende Abkommen einhalten – wie z.B. die Menschenrechte, Biodiversitätsabkommen etc.

## Entstehung/Verhandlung von Handelsabkommen

► Vor Erteilung eines Verhandlungsmandates braucht es bereits einen breiten demokratischen Prozess, bei dem BürgerInnen, Gruppen, die gesellschaftliche Interessen vertreten, und Gemeinden eingebunden werden. Der Prozess muss auf allen parlamentarischen Ebenen stattfinden.

► Nach Erteilung des Verhandlungsmandats braucht es ebenfalls einen demokratischen Prozess. Verhandlungsdokumente sind offenzulegen, sodass Vorschläge öffentlich diskutiert und auf ihre Auswirkungen überprüft werden können.

► Die Beteiligung unterschiedlicher Akteure ist zu gewährleisten. Es darf keinen Lobbyismus im bisherigen Sinn mehr geben.

► Abkommen müssen auf allen parlamentarischen Ebenen anschließend ratifiziert werden.

### Weitere Informationen

Das alternative Handelsmandat:

[http://www.attac.at/fileadmin/user\\_upload/Attac\\_Positionspapiere/ATM\\_DEUTSCH.pdf](http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/Attac_Positionspapiere/ATM_DEUTSCH.pdf)

[http://www.attac.at/fileadmin/user\\_upload/Attac\\_Positionspapiere/ATM-lang.pdf](http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/Attac_Positionspapiere/ATM-lang.pdf)

# Öffentliche Daseinsvorsorge

## Gemeinsam organisieren, was lebenswichtig ist.

Sauberes Trinkwasser, günstige Öffis oder hochwertige Pflege – das alles und noch viel mehr brauchen wir zum Dasein. Liberalisierungen und Privatisierungen sind eine Bedrohung für die Daseinsvorsorge! Über Handelsabkommen werden sie unumkehrbar festgeschrieben: Was einmal verkauft ist, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Für uns hat Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nichts zu suchen!



Hoheitliche Aufgaben werden von Freihandelsverträgen ausgenommen, aber aufgrund der unzureichenden Definition – keine kommerziellen Zwecke, kein Wettbewerb mit privaten Anbietern – bietet diese Ausnahme keinen Schutz für generell öffentliche Leistungen.

**Penny Clark, Europäische Dienstleistungsgewerkschaft**

**Thomas Fritz, Handelsexperte**

**Monika Wipplinger, Gewerkschaft youunion**

**Karl Goldberg, Gewerkschaft Vida**

**Heinz Högelsberger, Gewerkschaft Vida**

**Penny Clark:**

**Position der Gewerkschaft(en)**

Die Daseinsvorsorgeleistungen sind sehr vielfältig, sie werden in den verschiedenen Nationalstaaten unterschiedlich organisiert und kontrolliert. Auch private nicht gewinnorientierte Anbieter erbringen Daseinsvorsorgeleistungen. Ob Leistungen privat oder öffentlich erbracht werden sollen, richtet sich nach den bestehenden Anforderungen und Bedürfnissen.

**Arbeitsgruppe I**

Re-Kommunalisierungen sind unter dem CETA- oder TTIP-Regime defacto nicht möglich. Ausnahmen von Liberalisierungsverpflichtungen müssen von jedem Land in den Verpflichtungslisten für den jeweiligen Sektor aufgenommen werden. Insgesamt entsteht je Land und Sektor ein unüberschaubares Flickwerk an Ausnahmen. Der Erfolg einer generellen Ausnahme von öffentlichen Dienstleistungen wird aufgrund ihrer unzureichenden Definition zahnlos.

Das Grundproblem liegt in der Liberalisierungsagenda der EU sowie in ihrer Verfasstheit und Konstruktion. Unter den gegebenen Bedingungen besteht mit der Strategie, lediglich Transparenz und Reformen einzufordern, die Gefahr, in die „Beteiligungsfalle“ zu tappen.

**Arbeitsgruppe II**

Viele öffentliche Einrichtungen, Leistungen oder gar hoheitliche Aufgaben sind bereits ausgegliedert bzw. ausgelagert und werden teilweise auch von profitorientierten Unternehmen erbracht. Die öffentliche Hand bezieht die Leistungen von Privaten teurer, die Privatanbieter erwirtschaften hohe Gewinne. Es ist wichtig, Transparenz und Informationen bezüglich der Leistungserbringer wie auch der Bedingungen der Leistungserbringung zu schaffen. Angebotspreise müssen überwacht, eine ausreichende finanzielle Ausstattung der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Bestimmte Leistungen der Daseinsvorsorge sollten verfassungsrechtlich gesichert werden. Gesundheit, soziale Dienste und Bildung sollten von den Abkommen ausgenommen werden. Zur Motivation der Menschen sollten kleinere Ziele verfolgt werden.

**Thomas Fritz:**

**Re-Kommunalisierungen als Alternative**

Hintergrund für viele Re-Kommunalisierungen ist oft die durch den Spardruck verursachte schlechte Finanzlage der öffentlichen Hand. Leistungsübernahmen sollen Dank Kosteneinsparungen – Arbeitsbedingungen – und Qualitätskürzungen Einnahmen



erhöhen. Für gelungene Re-Kommunalisierungen sind daher ein ausreichender finanzieller Rahmen sowie demokratische Mitentscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten ausschlaggebend.

### **Penny Clark:**

#### **Perspektiven der Gewerkschaft(en)**

Zur Einschätzung von Änderungen oder Chancen durch Auslaufen von Konzessionen sind umfangreiche Informationen nötig. Je nach den Bedingungen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Liberalisierung bedeutet nicht gleich Privatisierung, sondern legt lediglich die Bedingung der Dienstleistungserbringung fest. Die Gewerkschaften sind jedenfalls nicht in der Defensive.

### **Diskussion**

Der Widerstand ist in der Öffentlichkeit kaum verankert. Die weitere Nutzung der Gemeinderesolutionen ist unklar. Gewerkschaften sollten Forderungen zur Daseinsvorsorge der Politik gegenüber mit entsprechendem Nachdruck – gleiche gewerkschaftliche

Kampfmaßnahmen wie in anderen Politikbereichen – vertreten. Es sind geeignete Kommunikationswege zu finden. Gewerkschaften müssen an die Öffentlichkeit gehen sowie Betriebsversammlungen entsprechend nutzen. Die Menschen müssen mit bestimmten, emotionalisierten Themen angesprochen werden, um Betroffenheit zu erzeugen. Es muss klar vermittelt werden, Freihandelsabkommen gefährden die Daseinsvorsorge, Wachstum ist kein Ausweg, das Bündnis tritt für bessere Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen ein.

Mögliche konkrete Forderungen wären etwa die Wertschöpfungsabgabe, ein bedingungsloses Grundeinkommen. Eine weitfassende Perspektive wäre eine andere Welt mit anderen Werten. Der Daseinsvorsorgebereich bietet hierfür die geeignete Anknüpfung, Re-Kommunalisierungen oder die Konzentration von Dienstleistungen in einer Hand wären konkrete Ansatzpunkte. Es besteht der Wunsch, eine/die Arbeitsgruppe zur Daseinsvorsorge fortzusetzen sowie eine entsprechende Kampagne zu diesem Thema zu organisieren.

#### **Weitere Informationen**

Der stille Angriff auf öffentliche Dienstleistungen (Zusammenfassung auf Deutsch): <http://www.epsu.org/a/11731>

Analyse und Bewertung des EU-Kanada-Freihandelsabkommens CETA: <http://thomas-fritz.org>

Auf Kollisionskurs mit der Demokratie: <http://thomas-fritz.org>



Das Alternative Handelsmandat wurde in einem intensiven zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozess in ganz Europa entwickelt. Die Mitglieder und UnterstützerInnen der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat stimmen nicht unbedingt jedem einzelnen Detail in diesem Text zu, unterstützen aber die allgemeine Ausrichtung. Wir betrachten diesen Text als lebendiges Dokument und als Einladung an andere, sich an der Debatte über die Zukunft der Handels- und Investitionspolitik der EU zu beteiligen.

Die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat ist eine Vereinigung von Entwicklungs- sowie Bäuerinnen- und Bauernorganisationen, AktivistInnen für einen gerechten Handel, GewerkschafterInnen, ArbeitsmigrantInnen, UmweltschützerInnen, Frauen- und Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Hilfswerken und KonsumentInnenorganisationen aus ganz Europa.

**Die Veröffentlichung erfolgte 2013**

# **HANDEL: Zeit für eine neue Vision**

## **Allianz für ein Alternatives Handelsmandat**

# Kurzfassung: Alternatives Handelsmandat

Anders Handeln

## Die Grundlage des Alternativen Handelsmandats: Eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik

Um gerechtere, demokratischere Gesellschaften zu schaffen, müssen wir nicht nur die Handels- und Investitionspolitik der EU ändern, wie im Folgenden beschrieben. Wir müssen auch die Art und Weise ändern, wie Beschlüsse zu Handel und Investitionen gefasst werden: Die BürgerInnen müssen eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik fordern.

### Kernprobleme

► **Geheime Verhandlungen:** Verhandlungen der EU mit Drittstaaten finden hinter verschlossenen Türen statt. Bis die Verhandlungen zum Abschluss gekommen sind werden weder Verhandlungspositionen noch Texte den jeweiligen Öffentlichkeiten in den beiden Staaten zugänglich gemacht, obwohl die Handelsabkommen der EU die BürgerInnen Europas genauso betreffen, wie alle öffentlich diskutierten Gesetze.

► **Handels- und Investitionspolitik wird von nicht gewählten Instanzen beherrscht:** Die Handelspolitik der EU wird von der Europäischen Kommission gelenkt – einem nicht gewählten Gremium. Nur die Kommission hat das Recht, die Handelspolitik zu initiieren, Handelsgesetze vorzuschlagen und Verhandlungen durchzuführen. Weder BürgerInnen noch das Europäische Parlament noch nationale Parlamente haben dieses Recht. Die Rolle des Europäischen Parlaments beschränkt sich auf die „letzte Option“, nämlich nach Abschluss der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit „Ja“ oder „Nein“ abzustimmen.

► **Scheinbefragungen der BürgerInnen:** Es kommt selten vor, dass die Europäische Kommission den BürgerInnen die Möglichkeit gibt, bei anstehenden Themen mitzureden. Selbst wenn dies geschieht, verlaufen die Diskussionen sehr technisch

und inhaltlich zugunsten des Freihandels ab. Zudem besitzen sie keinen formellen Status, durch den sie sich auf die Politik auswirken könnten.

► **KonzernlobbyistInnen sitzen am Schalthebel:** Im Gegensatz dazu ermöglicht die Europäische Kommission KonzernlobbyistInnen den Zugang zu sensiblen Informationen über laufende Handelsverhandlungen – Informationen, die Gruppen vorenthalten werden, die die Interessen der Öffentlichkeit vertreten.

► **Die Kommission erlaubt der Wirtschaft außerdem einen unangemessenen Einfluss auf die Gestaltung der Handelspolitik** – im Rahmen von Hunderten von exklusiven Konferenzen hinter verschlossenen Türen. Daher sind die Positionen der EU in Handelsverhandlungen deutlich von Konzernen beeinflusst. Dies führt zu Ergebnissen, die nicht im Interesse der BürgerInnen Europas sind.

► **Handelsabkommen der EU sind faktisch unumkehrbar:** Handels- und Investitionsabkommen schränken zukünftige demokratische Entscheidungsmöglichkeiten einer Gesellschaft stark ein, weil sie politische Optionen begrenzen und Konzernen weitreichende Befugnisse einräumen, neue Gesetze anzufechten. Handelsabkommen sind weitaus schwieriger zu verändern als gewöhnliche nationale Gesetze und es kann dabei zu hohen Schadenserstattungsforderungen kommen.



### DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS

#### Schluss mit der Geheimhaltung, der Vereinnahmung durch Konzerne und der Dominanz der Europäischen Kommission.

Wir schlagen für die Einleitung, die Verhandlung, den Abschluss und die Überprüfung von Handelsabkommen ein völlig neues Verfahren vor, das der Zivilgesellschaft und den Parlamenten eine weitaus größere Rolle zusichert. Das bedeutet, die Rolle der Europäischen Kommission in der Handelspolitik wesentlich zu verändern, die Vereinnahmung durch Konzerne zurückzudrängen und die derzeitige übermäßige Geheimhaltung zu beseitigen.



## Wie erreichen wir das?

► **Transparenz und Öffentlichkeit sicherstellen:** Alle Verhandlungspositionen und Textentwürfe müssen sofort veröffentlicht werden. Kommission, Mitgliedsstaaten und Parlamente müssen regelmäßig und unaufgefordert einen Online-Zugang zu Informationen über Treffen und Schriftwechsel zwischen Verantwortlichen, ParlamentarierInnen und LobbyistInnen bereitstellen, um der Öffentlichkeit bekannt zu geben, wer versucht, Verhandlungen über Handelsabkommen zu beeinflussen: für wen, mit welchen Mitteln, mit welcher Absicht und mit welchem Erfolg.

► **Stärkung der Rolle der Parlamente:** Ausgangspunkt unserer Alternative ist es, die Rolle der Europäischen Kommission einzuschränken und die der Parlamente zu stärken, und zwar auf allen Stufen der Entscheidungsfindung und des Verhandlungsprozesses. Wenn Demokratie dadurch gekennzeichnet ist, dass politische Entscheidungen von Menschen und ihren gewählten RepräsentantInnen getroffen werden, können Handels- und Investitionspolitik nicht bei einem nicht gewählten Gremium verbleiben.

► **Maßgebliche Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellen:** Um das höchste Niveau an Einbeziehung und Beteiligung sicherzustellen, sollten nationale Parlamente die maßgebliche Beteiligung der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene durchsetzen. Nur nationale Parlamente und das Europäische Parlament sollten den Prozess zu Handelsverhandlungen initiieren können.

Bevor aber der Einleitungsprozess für Verhandlungen beginnt, müssen weitreichende, unabhängige, transparente und umfassende „Bedarfsprüfungen“ zusammen mit Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, unter Einbeziehung von Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen repräsentativen Körperschaften in den EU-Mitgliedsstaaten.

Gleichermaßen sollten Bedarfsprüfungen im Partnerland durchgeführt werden, um herauszufinden, ob ein Handelsabkommen überhaupt im Sinne des öffentlichen Interesses sein würde.

Die Parlamente sollen ebenfalls regelmäßig öffentliche Anhörungen über den Fortschritt der Verhandlungen durchführen und wenn der Entwurf zu einem Abkommen zwischen der Kommission und dem Partnerland vorliegt.

► **Abschluss und Änderung von Handelsabkommen:** Ist zwischen der EU und dem Partnerland eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden, wird der Vertrag Gegenstand einer unabhängig durchgeführten Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsüberprüfung (Human Rights and Sustainability Impact Assessment – HRSIA). Diese wird veröffentlicht, so dass eine weitere Runde der öffentlichen Anhörung und demokratischen Überprüfung möglich ist. Sowohl nationale Parlamente als auch das Europäische Parlament müssen das Recht haben, Änderungen zum vorläufigen Text vorschlagen zu können. Dieser ist dann erneut zu verhandeln. Das endgültige Abkommen muss vom Europäischen Parlament und von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Sobald das Abkommen in Kraft tritt, muss es mindestens alle fünf Jahre einer gründlicher Überprüfung unterzogen werden. Zu jeder Zeit können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sowie das Partnerland, Verhandlungen zur Änderung des Abkommens fordern.

► **Einflussnahme von Unternehmen verhindern:** Während des gesamten Prozesses der Beratung und der Entscheidungsfindung muss verhindert werden, dass industrielle Lobbygruppen bevorzugten Zugang zu den Verhandlungen erhalten und die Politik „kapern“. Demzufolge muss durch die Beratungen sichergestellt werden, dass ein breites Spektrum von Interessen und Standpunkten pro-aktiv widerspiegelt wird, einschließlich derjenigen, die direkt oder indirekt von einem Handelsabkommen betroffen sind.



# Kurzfassung: 10 Kernbereiche Alternatives Handelsmandat



**Anders  
Handeln**

Das Prinzip, das dem Alternativen Handelsmandat zugrunde liegt, ist eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik.

## **1: Nahrung**

Wir wollen Nahrungsmittel, die förderlich für unsere Gesundheit und für Kleinbäuerinnen und -bauern sind, und die für ein Ende des Hungers in der Welt sorgen. Um diese Ziele zu erreichen muss die EU unter anderem: Ernährungssouveränität vorantreiben, von Freihandelsabkommen Abstand nehmen, regionale Märkte unterstützen, ihre Autarkie verbessern, Importe von Biotreibstoff unterbinden, nachhaltige Verfahren der Landwirtschaft in Europa und im globalen Süden unterstützen sowie Maßnahmen gegen genetisch modifizierte Organismen in europäischem Saatgut und Importen verstärken.

## **2: ArbeitnehmerInnenrechte**

Wir wollen die Schaffung von mehr ordentlichen Arbeitsplätzen auf der ganzen Welt ermöglichen und eine Handelspolitik fördern, die ArbeitnehmerInnenrechten dient. Um diese Ziele zu erreichen muss die EU unter anderem: die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Beschäftigung im Voraus bewerten und laufend im Auge behalten, Arbeitsnormen erzwingen durch Einführung von Mechanismen, welche Investoren zur Verantwortung ziehen, und Verstöße mit Sanktionen belegen, international das Recht sichern, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, sowie die Freizügigkeit von Personen garantieren.

## **3: Politischer Handlungsspielraum und Menschenrechte**

Wir wollen, dass Menschenrechte Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen haben. Um dieses Ziel zu erreichen muss die EU unter anderem: ihre Handelspolitik ändern um diese in Übereinstimmung mit ihren eigenen Menschenrechtsverpflichtungen zu bringen, sicherstellen, dass Handelsabkommen niemals den politischen Spielraum anderer Länder zur Schaffung von für die Durchsetzung der Menschenrechte notwendigen Maßnahmen einschränken, die Menschenrechte einschließlich breiter BürgerInnenbeteiligung systematisch in ihre Nachhaltigkeitsprüfungen integrieren, sowie alle Handelsabkommen, die Menschenrechte verletzen, sofort beenden.

## **4: Auslandsinvestitionen**

Wir wollen, dass Auslandsinvestitionen dazu dienen, eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für Einzelpersonen, Gemeinschaften und den Planeten zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen muss die EU unter anderem: jene Investitionsabkommen ihrer Mitgliedsländer beenden, welche gegen die gesetzlichen Verpflichtungen der Empfängerländer verstoßen, Menschenrechte respektieren, schützen und gewährleisten und nachhaltige Entwicklung sicherstellen, sich das Recht auf Kapitalkontrollen vorbehalten, Steuerhinterziehung unterbinden, sowie juristische Maßnahmen gegen transnationale Unternehmen erleichtern, wenn diese Fehlverhalten setzen.

## **5: Banken und Finanzbereich**

Wir wollen, dass der Finanzbereich ein streng regulierter Sektor ist, der grundlegende Finanzdienstleistungen für alle erbringt und zur Entwicklung gerechter und nachhaltiger Gesellschaften beiträgt. Um dies zu erreichen muss die EU unter anderem: finanzielle Stabilität zu einem öffentlichen Gut machen, Steueroasen abschaffen, sicherstellen, dass sämtliche den Finanzsektor betreffenden Regulierungen transparent sind, und bestehende Handelsabkommen aufkündigen, wenn diese auf die Liberalisierung des Finanzsektors abzielen.

## **6: Rohstoffe**

Wir wollen gerechtere und nachhaltigere Verwendung von Ressourcen. Um dieses Ziel zu erreichen muss die EU unter anderem: sich klare Ziele für die Reduktion ihres Ressourcenverbrauchs setzen, sicherstellen, dass Rohstoffe, welche in die EU importiert und dort verwendet werden, nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, damit aufhören, auf Regeln zu drängen, welche die Rohstoffausfuhr anderer Länder behindern, ihre Industrie auf ökologischer Basis restrukturieren, indem die Produktion wieder mit der sozialen und natürlichen Umwelt verbunden wird, sowie die Macht und Größe transnationaler Unternehmen des Rohstoffsektors beschränken.

## 7: Klimawandel

Wir wollen eine radikale Reduktion von Kohlenstoffemissionen. Um dieses Ziel zu erreichen muss die EU unter anderem: ihr gescheitertes Emissionshandelssystem abbauen, verbindliche und strengere Energiesparziele setzen, indem das Ziel einer Reduktion der Emissionen auf zumindest 60% bis zum Jahr 2030 angehoben wird, Investitionen in neue Prozesse und Technologien steigern, die Emissionen reduzieren und neue Arbeitsplätze schaffen, ihre "Klimaschulden" bei den Ländern des Südens begleichen, den Aufbau regionaler und nachhaltiger Versorgungsketten im Süden unterstützen um so die Entwicklung einer soliden ökologischen Wirtschaft zu garantieren, welche die Gemeinschaften vor Ort erhalten kann, und alternative Rahmenbedingungen für geistiges Eigentum unterstützen, das regionale grüne Technologien fördert.

## 8: Öffentliche Dienstleistungen

Wir wollen für alle Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hoher Qualität, die der gesellschaftlichen Entwicklung dienen, indem sie zum Kampf gegen Ungleichheit beitragen und sozialen Fortschritt fördern. Um diese Ziele zu erreichen muss die EU unter anderem: ihren Fokus weg von den offensiven wirtschaftlichen Interessen zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen verschieben, hin zur Sicherstellung öffentlicher Dienstleistungen durch deren Ausschluss aus dem Geltungsbereich von Freihandels- und Investitionsabkommen, aufhören, in Verhandlungen über Handel und Investitionen auf die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zu drängen, sowie die demokratische Kontrolle, Qualität und Leistbarkeit öffentlicher Dienstleistungen in Europa und außerhalb stärken.

## 9: Öffentliches Beschaffungswesen

Wir wollen, dass die öffentliche Auftragsvergabe als ein Werkzeug zur Schaffung und Erhaltung gesunder regionaler Wirtschaftsstrukturen dient, eine gerechte und inklusive Gesellschaft fördert und den Umweltschutz sicherstellt. Um diese Ziele zu erreichen muss die EU unter anderem: das öffentliche Beschaffungswesen als ein Werkzeug zur Förderung von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit betrachten, zulassen dass sich die eigene Gesetzgebung in Richtung nachhaltiger Beschaffung bewegt, und zulassen, dass ihr Zugang zur öffentlichen Beschaffung offen für genaue Prüfung und Kommentierung durch die Zivilgesellschaft ist statt durch gesicherte Interessen von Großunternehmen dominiert zu werden.

## 10: Geistiges Eigentum

Wir wollen, dass die Rechte auf geistiges Eigentum innerhalb des Grundgerüsts von Menschenrechten, VerbraucherInnenschutz, Wettbewerb, Persönlichkeitsschutz und der Entwicklungsziele festgeschrieben und umgesetzt werden. Um diese Ziele zu erreichen muss die EU unter anderem: umfassende BürgerInnenbeteiligung fördern, Maßnahmen aufgrund transparenter Untersuchungen festlegen, ein dauerhaftes Moratorium hinsichtlich der Erweiterung des Urheberrechts und damit verbundener Rechte und Patenlaufzeiten verhängen, Freie/Libre/Open Source Software fördern, öffentliche Mittel für nicht patentbasierte Anreizmodelle zur Verfügung stellen, und Beschränkungen und Ausnahmen von geistigen Eigentumsrechten festlegen, um die Ziele öffentlicher Politik in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Ernährung und Technologietransfer zu fördern.

**Weitere Informationen:** [www.alternativetrademandate.org](http://www.alternativetrademandate.org), [alternativetrademandate@gmail.com](mailto:alternativetrademandate@gmail.com)



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 1

**Anders  
Handeln**

## Nahrung und Nahrungsmittelproduktion

Unser globalisiertes Nahrungsmittelsystem versagt gegenüber den Bäuerinnen und Bauern, gegenüber unserer Gesundheit und der Umwelt. Darüber hinaus hat die Massenproduktion von Nahrungsmitteln den Hunger von Millionen von Menschen nicht beseitigt. Liberalisierter Handel und das Fehlen von Marktregulierungen haben dazu geführt, dass weltweit Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte zu Preisen verkaufen, die unter den Produktionskosten liegen, so dass eine bäuerliche Existenz nicht aufrecht erhalten werden kann.

### Kernprobleme

Die exportorientierte „konzernbeherrschte Nahrungsmittelfabrik“ der EU wird durch große Unternehmen und durch die Gemeinsame Agrarpolitik (Common Agricultural Policy – CAP) bestimmt – eine Politik, die in der EU die Überproduktion antreibt und zu Dumping sowie zur Zerstörung der lokalen und regionalen Märkte für Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern führt. Sie verursacht außerdem niedrige und instabile Preise für europäische Bäuerinnen und Bauern.

In Afrika hat die zuweilen vorsätzliche Vernachlässigung der bäuerlichen Familienbetriebe durch die

nationale und internationale Politik zur Folge, dass viele Menschen sich nicht länger selbst ernähren können. Die Liberalisierung des Handels und Bestimmungen in bilateralen Handelsabkommen, die lokale Märkte für billige europäische Importe öffnen, verschlechtern die Situation der Bäuerinnen und Bauern zusätzlich.

Außerdem werden die knappen natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern für die exportorientierte Erzeugung von „Luxusgütern“ für Europa, wie Sojabohnen und Biotreibstoffe, vergeudet, während die weltweite Ausdehnung des Nahrungsmittelsystems der EU umfangreiche und verheerende Auswirkungen auf die Umwelt hat.

### DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS

#### Ein nachhaltiger Ansatz bei der Nahrungsmittelerzeugung.

Das Recht auf Nahrung kann nicht für alle Menschen garantiert werden, wenn das bestehende Modell der „industriellen“ Landwirtschaft, nach dem Nahrung für einen nicht regulierten globalen Markt erzeugt wird, weiterhin Anwendung findet. Um die Zerstörung der Agrarmärkte im globalen Süden aufzuhalten und um die Abhängigkeit der EU von den natürlichen Ressourcen (und deren Erschöpfung) in diesen Ländern zu verringern, muss die EU es sich zum langfristigen Ziel machen, eine größtmögliche Selbstversorgung mit Lebens- und Futtermitteln zu erreichen.

### Wie erreichen wir das?

Die EU muss ihre Gemeinsame Agrarpolitik, sowie ihre Handels- und Umweltpolitik drastisch ändern.

Die EU muss:

► das Recht auf Nahrung und „Ernährungssouveränität“ respektieren. Das bedeutet, dass Menschen in Europa und im Globalen Süden das Recht haben, ihre eigenen lokalen Ernährungssysteme zu definieren und zu kontrollieren. Menschen haben das Recht, auszuwählen, was sie essen möchten, sowie das Recht sicherzustellen, dass die Lebensmittel in ihrer Gemeinschaft gesund und für jede/n zugänglich sind;

► die multilateralen, bilateralen und regionalen Regeln des Freihandels aufgeben: sie verzerren die Preise für Bäuerinnen und Bauern und führen zu ungleichem Zugang zu natürlichen Ressourcen; aufhören, HandelspartnerInnen zur Herabsetzung von Zöllen und Quoten zu zwingen, besonders wenn diese dazu dienen, Nahrungsmittelsicherheit und Grundlagen der bäuerlichen Existenz zu sichern. Stattdessen sollte die EU Vorsichtsmaßnahmen unterstützen, die Entwicklungsländer ergreifen können, um lokale Märkte vor billigen Importen zu schützen;

► mehr Selbstversorgung bei allen Produkten anstreben, die in Europa erzeugt werden können, besonders bei Protein- und Ölpflanzen als Alternativen



zu Importen von (genmanipulierten) Sojabohnen, Palmöl und Biotreibstoffen. Diese Rohstoffe haben in den exportierenden Ländern besonders verheerende Auswirkungen auf bäuerliche Familienbetriebe und die Umwelt;

- ▶ Importe von Biotreibstoffen in die EU einstellen, die EU-Direktive zu Biotreibstoffen aufheben und durch andere Maßnahmen ersetzen, die geeignet sind, die Nachfrage nach fossilen Treibstoffen im europäischen Transportwesen zu verringern;
- ▶ da, wo die EU Nahrungsmittel einführen muss, die nicht in der EU erzeugt werden können (z.B. Kaffee und Kakao), sicherstellen, dass diese nachhaltig produziert werden und dass den ErzeugerInnen ein fairer Preis bezahlt wird. Die EU muss den Einsatz von Hilfsgeldern zur Unterstützung von Exportländern erhöhen, damit diese hohe Umwelt- und Sozialstandards für Exporte einführen können, ohne dadurch Existenzgrundlagen und Nahrungsmittelsicherheit auf lokaler Ebene zu beeinträchtigen;
- ▶ den Anstieg der Zölle auf verarbeitete tropische Erzeugnisse in Europa beenden – damit ErzeugerInnen und Unternehmen in exportierenden Entwicklungsländern den durch die Verarbeitung erzielten Mehrwert erhalten;
- ▶ Investitionen in Nahrungsmittel und Agrarflächen in Nicht-EU-Ländern, die im großen Umfang zerstörerische Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion, die bäuerliche Existenz und die Umwelt in diesen Ländern haben, in neue, bindende Investitionsabkommen mit der Verpflichtung zur Einhaltung von Menschenrechten einbeziehen;
- ▶ nachhaltige Verfahren der Landwirtschaft in Europa und im Globalen Süden unterstützen, die die

Artenvielfalt schützen, die Fruchtbarkeit der Böden erhöhen, die Verwendung von fossilen Brennstoffen verringern und dazu beitragen, dem Klimawandel vorzubeugen;

- ▶ das gegenwärtige EU-Markordnungssystem für Milch und Zucker verbessern – nicht abschaffen –, und erkunden, ob sich dessen Grundsätze auf andere Basisprodukte wie beispielsweise Fleisch und Getreide ausweiten lassen;
- ▶ gut gesteuerte Nahrungsmittelreserven (besonders Getreide) als ein Mittel zur Dämpfung von übermäßigen Bewegungen auf den Agrarrohstoffmärkten fördern;
- ▶ Umwelt- und Tierschutzstandards in europäischen bäuerlichen Betrieben verbessern und gewährleisten, dass die europäische Agrarindustrie und Einzelhandelsunternehmen keine billigen Erzeugnisse mit niedrigeren Produktionsstandards auf dem Weltmarkt kaufen können;
- ▶ alle Gesetzesinitiativen stoppen, die alte Saatgutsorten gefährden; politische Maßnahmen gegen den Anbau und den Import von genmanipulierten Organismen innerhalb der EU fördern;
- ▶ die verpflichtende Kennzeichnung von Zusatzstoffen, nanotechnologischen Substanzen und der Verwendung von genmanipuliertem Futter in der Produktion von Eiern, Molkereierzeugnissen und Fleisch verstärken;
- ▶ bäuerliche Familienbetriebe, die kostendeckende Preise garantieren, respektieren und honorieren; alle Umweltschutz-, Tierschutz- und sozialen Kosten sind in den Preis für VerbraucherInnen einzu beziehen.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 2

**Anders  
Handeln**

### Arbeitsplätze und ArbeitnehmerInnenrechte – wie wir sie schaffen und schützen können

Die Handelsstrategie der EU zielt darauf ab, den Handel mit Gütern leichter und billiger zu machen sowie Dienstleistungen konkurrenzfähig anzubieten und auszulagern, ohne Eigentumsrechte und Kapitaltransfer einzuschränken. Auf der Suche nach den günstigsten Bedingungen gestattet dies transnationalen Unternehmen, die Produktion schnell von einem Land in ein anderes zu verlagern und Gewerkschaften und Regierungen zu bedrohen, falls diese versuchen sollten, ihre Aktivitäten zu regulieren. Auf diese Weise setzen die gegenwärtigen Handels- und Investitionsregeln ArbeitnehmerInnen praktisch überall in einen Wettbewerb zueinander und zwingen Regierungen sich in Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und Steuerpolitik an einem Wettlauf nach unten zu beteiligen, um so Investitionen anzulocken.

#### Kernprobleme

Die exportorientierte „konzernbeherrschte Nahrungsmittelfabrik“ der EU wird durch große Unternehmen und durch die Gemeinsame Agrarpolitik (Common Agricultural Policy – CAP) bestimmt – eine Politik, die in der EU die Überproduktion antreibt und zu Dumping sowie zur Zerstörung der lokalen und regionalen Märkte für Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern führt. Sie verursacht außerdem niedrige und instabile Preise für europäische Bäuerinnen und Bauern.

In Afrika hat die zuweilen vorsätzliche Vernachlässigung der bäuerlichen Familienbetriebe durch die

nationale und internationale Politik zur Folge, dass viele Menschen sich nicht länger selbst ernähren können. Die Liberalisierung des Handels und Bestimmungen in bilateralen Handelsabkommen, die lokale Märkte für billige europäische Importe öffnen, verschlechtern die Situation der Bäuerinnen und Bauern zusätzlich.

Außerdem werden die knappen natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern für die exportorientierte Erzeugung von „Luxusgütern“ für Europa, wie Sojabohnen und Biotreibstoffe, vergeudet, während die weltweite Ausdehnung des Nahrungsmittelsystems der EU umfangreiche und verheerende Auswirkungen auf die Umwelt hat.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS**

##### **Die Globalisierung von menschenwürdiger Arbeit unterstützen.**

Das Alternative Handelsmandat zielt darauf ab, die weltweite Schaffung von noch mehr menschenwürdigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen und eine Handelspolitik zu fördern, die ArbeitnehmerInnenrechten dient.

#### Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

► die Auswirkungen von Handelsabkommen auf Beschäftigung und auf soziale sowie auf Umweltrechte im Voraus abschätzen und sorgfältig überprüfen. Im Zuge dessen muss sie es RepräsentantInnen aus städtischen und ländlichen Bereichen, von Gewerkschaften und BürgerInneninitiativen ermöglichen, die Umsetzung von sozialen Aspekten der Handelsabkommen zu überprüfen und Vereinbarungen zu deren Umsetzung zu verhandeln;

► verbindliche Bestimmungen und einen Mechanismus zur Beilegung von Arbeitskämpfen, der mit starken Handelssanktionen (Aufhebung von Handelsvorteilen) verbunden ist, für Unternehmen und Unterzeichnerländer beschließen;

► Arbeitsnormen mittels eines Mechanismus, der InvestorInnen zur Rechenschaft zieht, durchsetzen und es dadurch ermöglichen, Unternehmen, die dagegen verstoßen, mit einer Strafe zu belegen;

► Zolldienststellen wieder verstärken, um so effektiv Waren, die durch Kinder- und Zwangsarbeit hergestellt wurden, aufspüren und beschlagnahmen zu können;

>>



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 3

- >>
- ▶ innerhalb und außerhalb der EU das Recht sichern, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, damit Tarifverhandlungen und Lohnhöhe auf sektoralen und intersektoralen Ebenen verteidigt werden können;
  - ▶ die Ratifizierung und vollständige Umsetzung aller ILO-Konventionen und OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen fördern.
  - ▶ Unternehmen für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Tätigkeiten in Europa und anderswo haftbar machen;
  - ▶ die Freizügigkeit von Personen garantieren und die Arbeits- und Vertragsbedingungen der Zielländer anwenden, falls sie vorteilhafter sind, als jene im Herkunftsland.



## Zur Verwirklichung der Menschenrechte einen politischen Handlungsspielraum sichern

Die gegenwärtige EU-Handelspolitik zielt darauf ab, den politischen Handlungsspielraum der einzelnen Länder zu begrenzen, wenn sie den Handel regulieren und lokale Märkte schützen wollen – Regulierungen, die notwendig sind, um die Lebensgrundlagen von schutzbedürftigen Teilen der Gesellschaft zu bewahren und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu verwirklichen.

### Kernprobleme

Nach dem Völkerrecht haben Staaten die Verpflichtung, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Gegenwärtige EU-Handelsabkommen enthalten jedoch Verpflichtungen, die es für andere Staaten erschweren oder gar unmöglich machen, diese Rechte zu gewährleisten: Vorschriften in Handelsabkommen zu übermäßigen Zollsenkungen können zu einer Flut von Nahrungsmittelimporten führen, lokale Bäuerinnen und Bauern vom Markt vertreiben und dadurch ihr Einkommen sowie ihr Menschenrecht auf Nahrung bedrohen.

Handelsinitiativen, die sich auf exportorientierte Entwicklung im Landwirtschaftssektor konzentrieren, können zur Aneignung von Land und Zwangsvertreibungen führen und die Rechte ländlicher Gemeinschaften auf Nahrung, Wohnung und Wasser bedrohen.

Bestimmungen zum Recht auf Geistiges Eigentum können den Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu Saatgut begrenzen oder den Zugang kranker Menschen zu leistbaren Generika, womit ihre Menschenrechte auf Nahrung und Gesundheit bedroht werden.

Bestimmungen zu Dienstleistungen in Handelsabkommen können Länder zwingen, öffentliche Dienste zu privatisieren und dadurch die Rechte der Ärmsten auf Wasser, Gesundheit und Bildung zu bedrohen, da sie nicht in der Lage sind, Marktpreise für diese Dienste zu bezahlen.

### DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS

#### Den Vorrang von Menschenrechten vor Unternehmensinteressen sichern.

Das Alternative Handelsmandat geht von dem Grundsatz aus, dass Menschenrechte Vorrang vor kommerziellen Interessen von Konzernen haben. Die Mitgliedsstaaten der EU haben die Verpflichtung, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten und das nicht nur im eigenen Land, sondern auch außerhalb davon. Außerdem verpflichten die Artikel 3 und 21 des Lissabon-Vertrags die EU dazu, in ihrer Außenpolitik, einschließlich ihrer Handelspolitik, Menschenrechte zu respektieren und zu fördern.

# Anders Handeln

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ▶ ihre Handelspolitik ändern, um sie in Einklang mit den eigenen Menschenrechtsverpflichtungen und denen der Mitgliedsstaaten zu bringen, sowohl auf dem eigenen Staatsgebiet als auch außerhalb davon – der Vorrang von Menschenrechten muss das übergreifende Prinzip in der Handelspolitik sein;
- ▶ zusichern, dass Handelsabkommen niemals den politischen Spielraum anderer Länder für die Umsetzung von Maßnahmen einschränken, die für die Verwirklichung von Menschenrechten erforderlich sind;
- ▶ Menschenrechte systematisch in ihre Nachhaltigkeitsüberprüfungen (Sustainability Impact

Assessments – SIA) integrieren. Die neuen Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsüberprüfungen (Human Rights and Sustainability Impact Assessments – HRSIA) müssen vor dem Beginn jeder Verhandlung durch eine unabhängige Institution unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Die Befunde der HRSIA müssen veröffentlicht und im Europäischen Parlament diskutiert werden; sie bilden die jeweilige Grundlage für die Formulierung eines Verhandlungsmandats für ein Handelsabkommen;

- ▶ Handelsabkommen und -initiativen, bei denen sich herausstellt, dass sie Menschenrechte in Europa oder in anderen Ländern gefährden, müssen beendet oder nach einer öffentlichen und parlamentarischen Debatte grundlegend überarbeitet werden.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 4

### Geld und wie wir es investieren

Internationale Investitionsabkommen bieten ausländischen InvestorInnen Marktzugänge und ein hohes Maß an Schutz, womit sie den jeweiligen nationalen politischen Handlungsspielraum stark beschneiden. Sie verhindern außerdem die Beschränkung von Kapitalströmen in das Land und aus dem Land, d.h. Regierungen können die Kontrolle über ihre eigene Wirtschaft verlieren.

#### Kernprobleme

Internationale Investitionsabkommen bieten unbegrenzten Marktzugang für ausländische InvestorInnen sowie viele Vorteile, die üblicherweise einheimischen Unternehmen vorbehalten sind. Dies schränkt den politischen Spielraum ein und hat negative Auswirkungen auf die soziale Sicherung, den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung, da sich lokale Industrien im Wettbewerb mit mächtigen transnationalen Unternehmen befinden.

Investitionsabkommen haben auch zu einer sich ausweitenden „Epidemie“ von Klagen durch Großkonzerne geführt.

Diese wenden Vertragsklauseln an, um Länder zu verklagen, wenn sie der Ansicht sind, dass deren Politik (z.B. in Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte oder Umweltschutz) ihre Profite bedrohe. Das kommt öffentlichen Haushalten teuer zu stehen und entmutigt Regierungen daher, soziale oder umweltbezogene Schutzmaßnahmen einzuführen.

#### DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS

##### In eine gerechte Zukunft investieren.

Ausländische Investitionen sollten dafür genutzt werden, eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für die/den Einzelne/n, Gemeinschaften und unsere Umwelt aufzubauen – und nicht nur dafür, Profite für InvestorInnen zu schaffen.



#### Wie erreichen wir das?

Unsere Regierungen müssen:

- ▶ aufhören so zu tun, als ob uneingeschränkte ausländische Direktinvestitionen (foreign direct investment – FDI) ein „Allheilmittel“ zugunsten des Gastlandes wären;
- ▶ bestehende Investitionsabkommen von Mitgliedsstaaten kündigen, die gegen die gesetzliche Verpflichtung der Gastländer verstoßen, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten und für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen;
- ▶ sich das Recht vorbehalten, das Verhalten der InvestorInnen zu überprüfen und „nein“ zu unerwünschten oder unpassenden ausländischen Investitionen zu sagen, auch nachdem die Investition erfolgt ist; z.B. wenn der/die Investor/in Gesetze verletzt oder wenn nationale politische Entscheidungen nach einer Investition ergeben, dass sie nicht länger im öffentlichen Interesse ist;

- ▶ das Recht beibehalten, Kapitalkontrollen durchzuführen, um ausländische InvestorInnen daran zu hindern, plötzlich ihr Geld aus einer Volkswirtschaft abzuziehen;
- ▶ Steuerflucht beenden, angemessene Steuersätze und Abgaben festsetzen und sicherstellen, dass ausländische InvestorInnen Steuern zumindest in der gleichen Höhe wie nationale Unternehmen zahlen – durch öffentliche Berichterstattung über ihr Steuerverhalten, bezogen auf einzelne Länder und Projekte.
- ▶ in der Lage sein, die oben genannten Rechte wahrzunehmen, ohne von InvestorInnen durch kostspielige Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten, wie dem Internationalen Zentrum für die Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten, bedroht zu werden;
- ▶ sicherstellen, dass ausländische InvestorInnen und ihre Tochtergesellschaften rechtlich haftbar sind, auch in ihren Heimatländern, für jede Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Um-

# Anders Handeln

weltzerstörungen oder für Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, einschließlich schädlicher Praktiken von innerbetrieblichen Konzernverrechnungspreisen.

► das Ergreifen von rechtlichen Schritten gegen transnationale Unternehmen, in Fällen von unternehmerischem Fehlverhalten und Menschenrechtsverletzungen, erleichtern und es Gemeinschaften ermöglichen, dies ebenfalls zu tun. Dies kann vor nationalen Gerichten sowohl im Gast – als auch im Heimatland geschehen sowie auf internationaler Ebene;

► StaatsbürgerInnen Zugang zu Informationen über vorgeschlagene Investitionsprojekte verschaffen, um die freiwillige, vorherige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung aller Betroffener zu garantieren.

Die internationale Gemeinschaft muss:

► bereits bestehende internationale rechtliche Rahmenbedingungen durchsetzen, die sich mit Sozial-, ArbeitnehmerInnen-, Wirtschafts- und Menschenrechten sowie mit Umweltbelangen beschäftigen. Sie muss zudem sicherstellen, dass alle Investitionen den Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtszielen nützen, indem internationalen InvestorInnen bindende Verpflichtungen auferlegt werden;

► eine Reihe von Sanktionen gegen jene Unternehmen vereinbaren, die ihren Verpflichtungen in Bezug auf verschiedene Menschenrechte und den Umweltschutz nicht nachkommen;

► einen internationalen Strafgerichtshof für die Verbrechen multinationaler Firmen einrichten.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 5

### Banken, SpekulantInnen, Verhalten der Finanzindustrie

Der Finanzdienstleistungssektor, der die Finanzen für den Handel, ausländische Direktinvestitionen und für die Gesellschaft als Ganzes steuert, hat viele Profite auf sich selbst gelenkt. Als kapitalkräftiger und einflussreicher Sektor hat er Regierungen erfolgreich davon überzeugt, dass er dereguliert werden sollte und dass Handels- und Investitionsabkommen Regulierungen und Kontrollen, auch zukünftige, beschränken sollten – mit katastrophalen Folgen.

#### Kernprobleme

Die höchst wirksame Verbindung von unzureichenden Regulierungen und Handelsabkommen, die die Tür zum globalen Markt öffnete (Dank der Lobby des Finanzsektors), bedeutete, dass Banken, Kapitalanlagegesellschaften und SpekulantInnen während der ersten Jahre des neuen Jahrhunderts auf ihre Kosten kamen. Sie nutzten das mit einem hoch riskanten Casino-Ansatz, voll aus, der schließlich das globale Wirtschaftssystem ins Wanken brachte. Schwache Finanzreformen und die weitergeführten Handelsregeln aus der Zeit vor der Krise verursachen weiterhin unermesslichen Schaden für arme und schutzbedürftige BürgerInnen in Europa und auf der ganzen Welt.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS: Revolutionierung der Banken- und Finanzdienstleistungen.**

Der Finanzsektor muss von einem riskanten, instabilen Sektor, der Gesellschaften bezahlen lässt, in einen streng regulierten Sektor umgewandelt werden, der einfache Finanzdienstleistungen für alle bereitstellt und der zur Entwicklung von gerechten und nachhaltigen Gesellschaften beizutragen hat. Handel und Investitionen in Finanzdienstleistungen und die Regeln und Vereinbarungen zu diesen Bereichen sollten diesem Ziel dienen; durch Zusammenarbeit sollte dies für alle grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen durchgesetzt werden.

#### Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ▶ Finanzstabilität zu einem öffentlichen Gut machen, sodass alle politischen Maßnahmen zu Bank- und Finanzdienstleistungen auf nationaler, internationaler und EU-Ebene Inklusion, Nachhaltigkeit und Stabilität zum übergreifenden, vorrangigen Ziel haben, anstatt Rentabilität;
- ▶ alle Finanzprodukte darauf prüfen, ob sie positive soziale, wirtschaftliche und/oder ökologische Auswirkungen haben, und ob sie einfach und leicht verständlich sind. Außergewöhnliche, hoch komplexe und riskante Finanzprodukte müssen ausgesondert und verboten werden;
- ▶ Maßnahmen einführen, um eine exzessive „Bonus-Kultur“, die auf Risikobereitschaft, Spekulation und Profitgier setzt, einzudämmen. Diese sollten eine Finanztransaktionssteuer einschließen, deren Einnahmen für nachhaltige und Armut bekämpfende Aktivitäten verwendet werden.
- ▶ sicherstellen, dass FinanzdienstleisterInnen, einschließlich Banken, Hedge-Fonds und Versicherungen, nicht systemrelevant werden oder zu groß, um reguliert und beaufsichtigt zu werden;
- ▶ Steueroasen abschaffen und Banken und InvestorInnen daran hindern, in oder über Steueroasen tätig zu

sein. Mechanismen für eine internationale Zusammenarbeit und für einen Informationsaustausch sollten eingeführt werden, um Steuervermeidung und Steuerflucht, Kapitalflucht und, in ausländischen Banken verborgenes, Schwarzgeld aufzudecken und zu verhindern;

- ▶ sicherstellen, dass alle Regulierungen für den Finanzsektor, von der internationalen Ebene abwärts, transparent und fest unter demokratischer Kontrolle sind, und nicht ausgehebelt werden können; weder durch VerhandlerInnen, die im Interesse von Handel und Investment agieren, noch durch Gremien, in denen Regulierungsbehörden durch LobbyistInnen des Finanzsektors beeinflusst werden;

- ▶ bestehende Handelsabkommen beenden, die auf die Liberalisierung von Finanzdiensten ausgerichtet sind; es sollte für Regierungen durchaus zulässig sein, zwischen den AnbieterInnen von Bank- und Finanzdienstleistungen zu wählen. Die Kriterien bilden die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen sowie ihre Verankerung in der lokalen Wirtschaft.

- ▶ internationale Zusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen fördern, beispielsweise durch die Schaffung eines neuen Forums zur Regulierung und Beaufsichtigung aller Handelsaktivitäten und Investitionen durch den Finanzsektor und FinanzinvestorInnen; ein Tribunal würde über Fehlverhalten entscheiden.

# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 6



**Anders  
Handeln**

### Rohstoffe und wie wir sie teilen

Um ein angenehmes Leben führen zu können, brauchen Menschen Ressourcen für ihren Lebensunterhalt und andere Bedürfnisse, seien es Wasser für Feldfrüchte, Wälder für Nahrung und Schutz oder knappe Mineralien für Computer. Aber die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr von Rohstoffen, die in der EU verarbeitet werden, heizt die Ressourcenkonkurrenz an. Dabei werden schutzbedürftige Menschen in armen Ländern ihrer Ressourcen beraubt und die Umwelt geschädigt.

#### Kernprobleme

Ein Drittel der in der EU benötigten Rohstoffe werden importiert, was bedeutet, dass Europa von Einfuhren abhängiger ist als jede andere Region der Welt. Ohne diese Rohstoffe könnte Europas Automobil-, Chemie- und Bauindustrie nicht bestehen. Es ist zu erwarten, dass diese Importabhängigkeit durch die Auswirkungen einer Politik zur Förderung von Biotreibstoffen und zur „Bio-Ökonomie“ ansteigt. Das EU-Ziel, dass bis zum Jahr 2020 10% des Energieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Quellen kommen sollen, fördert beispielsweise den Landraub in Entwicklungsländern.

Dieser Druck, immer mehr Rohstoffe einführen zu müssen, vertreibt Millionen von Menschen, hat weltweite Auswirkungen auf die Umwelt und trägt zur Verletzung von Menschenrechten bei. Menschen, die dort leben, wo Rohstoffe gefördert oder erzeugt werden, haben oftmals keinen Nutzen davon, sondern müssen stattdessen die negativen Auswirkungen ertragen. Währenddessen vermeiden es die zumeist multinationalen Unternehmen, die diese Rohstoffe fördern, Steuern und Lizenzgebühren zu bezahlen;

Die Rohstoffinitiative der EU sieht eine verbesserte Ressourceneffizienz, anstatt der Festlegung von absoluten und bindenden Zielen zur Minderung des Verbrauchs, vor; die neue industrielle Strategie der EU für eine Bio-Ökonomie kann die Situation indes nur noch verschlimmern. Sie zielt darauf ab, Biomasse statt fossiler Brennstoffe zu nutzen, um sowohl Energie als auch Rohstoffe für die gesamte europäische Herstellung zu liefern. Der Plan stützt sich auf bereits bestehende und noch zu erfindende Biotechnologien für die Umwandlung von pflanzlichem Material in nahezu jedes vorstellbare Produkt, einschließlich Biokunststoffe und neuer Medikamente;

Die Bestrebung, eine ständige Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen, treibt die EU zu einer zunehmend aggressiveren Strategie für einen „freien“ und unregulierten Handel;

Die EU hat beispielsweise lange und hart innerhalb der WTO (Welthandelsorganisation) für ein allgemeines Verbot von Exportsteuern verhandelt, in dem Versuch, Länder an der Einschränkung ihrer Rohstoffexporte zu hindern – jedoch bis jetzt erfolglos.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS**

##### **Ressourcen respektieren.**

Um sich in Richtung einer gerechten und nachhaltigen Verwendung von Ressourcen zu bewegen, muss sich die EU klare Ziele stecken, um die Höhe ihres Verbrauchs von Rohstoffen, insbesondere Boden, Mineralien, Energie, Wasser und Biomasse, zu reduzieren. Eine neue und alternative Handels- und Investitionsstrategie sollte den Import und den Verbrauch der EU sowohl von Rohstoffen und als auch von industriellen Produkten vermindern, besonders von solchen, die nicht unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen hergestellt wurden.



## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ▶ sicherstellen, dass importierte und in der EU genutzte Rohstoffe durch ihren Abbau nicht zu Verletzungen von Menschenrechten oder zu Konflikten im Ursprungsland beitragen. Die Verpflichtung zu Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsüberprüfungen (Human Rights Sustainable Impact Assessment) würde ein erster Schritt in diese Richtung sein;
- ▶ sicherstellen, dass Frauen und Männer, deren Menschenrechte aufgrund der Aktivitäten europäischer Regierungen oder Unternehmen verletzt wurden, Zugang zu einem europäischen Gerichtssystem und Anspruch auf Wiedergutmachung haben;
- ▶ aufhören, auf Regeln zu drängen, die andere Länder daran hindern, die Ausfuhr ihrer Rohstoffe zu beschränken. Entwicklungsländer müssen das Recht haben, ihre Exporte zu regulieren, auch durch den Einsatz von Import- und Exportsteuern und öffentlicher Beschaffungspolitik. Die EU hat die Entscheidung von Regierungen des Globalen Südens, natürliche Ressourcen für den eigenen Bedarf zu nutzen, zu respektieren;
- ▶ aufhören, unterschiedliche Zolltarife anzuwenden, um die Einfuhr von Fertigprodukten zum Schutz der europäischen Industrie zu verhindern, und gleichzeitig die Einfuhr von Rohstoffen zu fördern;
- ▶ bilaterale freiwillige Partnerschaftsabkommen mit HandelspartnerInnen verhandeln, in Zusammenarbeit mit betroffenen Gemeinschaften und allen anderen Betroffenen, um Produktionsstandards zu verbessern, die Verarbeitung in den Exportländern zu entwickeln und den Süd-Süd-Handel zu fördern;
- ▶ diese bilateralen Abkommen nutzen, um zu gewährleisten, dass alle Unternehmen und InvestorInnen, die an der Förderung von Rohstoffen beteiligt sind, in ihrem Heimatland und in den Gastländern für ihre Tätigkeiten gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden können;
- ▶ sicherstellen, dass Unternehmen und InvestorInnen aus der EU den Grundsatz der Steuergerechtigkeit

respektieren und sich nicht an innerbetrieblichen Konzernverrechnungspreisen, Steuerumgehung oder Steuerflucht beteiligen;

- ▶ Pläne zum Aufbau einer von importierter Biomasse abhängigen Bio-Ökonomie aufgeben, die zu einer dramatischen Steigerung der Nutzung von Boden und Biomasse durch die EU führen würde, ohne dabei die Probleme des Überkonsums richtig anzugehen. Stattdessen sollte die EU eine ökologische Restrukturierung ihrer Industrie vornehmen und die Produktion wieder mit der sozialen und natürlichen Umwelt verbinden. Die Reduzierung des gesamten Rohstoffverbrauchs, die Nutzung von recycelten Ressourcen, die Verringerung von Abfall, die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Minderung des Energieverbrauchs wären auf diese Weise vorrangig;

- ▶ die Macht und Größe von transnationalen Rohstoffkonzernen durch die Einführung von Anti-Trust-Gesetzen – auf nationaler und auf EU-Ebene, aber auch durch Absprachen mit anderen Regierungen – regulieren, um die gigantischen Konzerne, die den Bergbau-, Energie- und Agrarsektor dominieren, zu zerschlagen;

Die Regierungen von Entwicklungsländern müssen sicherstellen, dass:

- ▶ ihre Parlamente und lokalen Verwaltungen eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung und Überwachung spielen, wenn es um die Erteilung von Lizenzen und um Regulierungen geht, sowie um die Überwachung der Verteilung von Einnahmen aus dem Verkauf von natürlichen Ressourcen und dessen Auswirkung auf eine nachhaltige Entwicklung;

- ▶ bei jedem abgeschlossenen Abkommen die Unabhängigkeit und Integrität der Regierungsstellen, die für die Genehmigung und Überwachung von Bergbauabkommen zuständig sind, aufrecht erhalten bleibt;

- ▶ die effektive Beteiligung der Zivilgesellschaft – besonders der lokalen Gemeinschaften – am Entscheidungsverfahren über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg, von der Entscheidung zur Vergabe von Lizenzen bis zur Verteilung von Einnahmen, gewährleistet ist.

# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 7



**Anders  
Handeln**

### **Klimawandel** und wie wir die Belastungen gerecht verteilen

Internationale Handels- und Investitionsabkommen sind eine treibende Kraft hinter dem Wachstum von energieintensiven Industriezweigen und für die Ausweitung einer intensiv betriebenen Landwirtschaft – energieintensive Unternehmungen, die die immer größer werdenden CO<sub>2</sub>-Emissionen durch ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nähren. Hinzu kommt das gleichfalls CO<sub>2</sub>-intensive Straßen- und Luftverkehrsnetz, das zum weltweiten Transport von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern erforderlich ist. All dies trägt zur ununterbrochenen Zerstörung von Klima regulierenden Wäldern und Ozeanen bei, sowie zum Klimawandel selbst.

#### **Kernprobleme**

Das gefährliche Zögern beim Umgang mit dem Klimawandel ist die direkte Folge unseres derzeitigen Wirtschaftssystems: Indem Regierungen mit den Interessen von Konzernen verflochten sind, verschließen sie die Augen vor dem Problem. Diesen Kurs legitimieren nicht verbindliche einschlägige Regelwerke, die von internationalen Organisationen, wie der Welthandelsorganisation (WTO), geschaffen worden sind. Die WTO kann als einzige globale Institution durchsetzen, dass Staaten interne oder internationale Regulierungen ändern, wenn sie für Markt verzerrend gehalten werden. Aus diesem Grund ergreifen Regierungen nur widerwillig Maßnahmen, die die Konzernagenda stoppen könnten, weil solche sich bei der WTO anfechten ließen.

Dieser konzernfreundliche Umgang mit dem Klimawandel hat zu „falschen Lösungen“ für das Problem geführt, darunter zu schwachen freiwilligen Zertifizierungssystemen (deren Entscheidungsinstanzen von jenen Konzernen beherrscht werden, die eigentlich reguliert werden sollen) und zum EU-Emissionshandelssystem (European Union

Emission Trading System – EUETS) – dem weltweit größten CO<sub>2</sub>-Markt, auf dem InvestorInnen und Unternehmen „Verschmutzungsrechte“ in Form von CO<sub>2</sub>-Emissions-„Berechtigungen“ handeln können. Gerade dieses Modell hat dazu beigetragen, Umweltkonflikte im globalen Süden auszulösen.

Insbesondere die EU trägt eine hohe Verantwortung aufgrund ihrer Umweltgesetzgebung, die Minimalziele für den Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehr und die spekulative Entwicklung der Bio-Ökonomie (siehe Bereich Nr. 6: Rohstoffe und wie wir sie teilen) enthält. Obwohl als Maßnahmen zur Verwertung landwirtschaftlicher Abfälle angepriesen, heizen beide Regelungen den weltweiten Bedarf an Landflächen für den industriellen Anbau an, mit erheblichen Folgen für Lebensmittelsicherheit, Lebensmittelpreise und Landraub.

Mittlerweile treiben die Regelungen für geistige Eigentumsrechte die Kosten von klimafreundlichen Technologien in die Höhe und machen es Entwicklungsländern unmöglich, auf eine nachhaltige, kohlenstoffarme und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähige Entwicklung überzugehen.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS**

##### **Der Imperativ des Klimawandels.**

Ein neuer, ambitionierter und gerechter, kohlenstoffarmer Ansatz muss die derzeitige Ausrichtung der EU auf „Wirtschaftswachstum um jeden Preis“ ersetzen.



## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ▶ ihr gescheitertes Emissionshandelssystem abschaffen;
- ▶ verbindliche und strengere Energie-Einsparungsziele festsetzen. Das Ziel einer 20%igen CO<sub>2</sub>-Reduktion bis zum Jahr 2020 (gegenüber 1990) muss auf wenigstens 60% bis 2030 angehoben und innerhalb der EU erreicht werden – ohne „CO<sub>2</sub>-Verlagerung“ nach außerhalb;
- ▶ Investitionen in neue Prozesse und Technologien steigern, durch die Emissionen reduziert und Arbeitsplätze geschaffen werden;
- ▶ mit dem Bezahlen ihrer „Klimaschulden“ an Entwicklungsländer beginnen, indem sie freiwillige bilaterale Übereinkommen zum Klimawandel in die Wege leitet und die Anpassungs- und Klimaschutzprogramme dieser Länder mit realen, neuen und zusätzlichen Mitteln aus öffentlichen Finanzquellen unterstützt;

▶ den Aufbau von lokalen und nachhaltigen Versorgungsketten im Süden unterstützen, um die Entwicklung einer soliden ökologischen Wirtschaft zu garantieren, die in der Lage ist, lokale Gemeinschaften zu unterstützen. Dies kann durch den direkten Transfer von Mitteln aus den zu zahlenden Klimaschulden gewährleistet werden. In diesem Sinne müssen auch energieintensive Importe verteuert oder energiesparende Exporte gefördert werden;

▶ eine alternative Rahmenvereinbarung zu geistigen Eigentumsrechten vorantreiben, die grüne Technologien auf lokaler Ebene sowie den Transfer von Technologien mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Entwicklungsländer fördert (anstatt ihn zu behindern) und die Entwicklung klimafreundlicher Pflanzen durch Kleinbäuerinnen und -bauern unterstützt.

Die internationale Gemeinschaft muss:

▶ eine gemeinschaftliche Antwort auf diese Probleme geben, in der sie darlegt, wie die verschiedenen Länder ihre Emissionen von Treibhausgasen entsprechend ihrer „historischen Verantwortung“ senken können.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 8

**Anders  
Handeln**

### Öffentliche Dienstleistungen und wie wir sie schützen

Der wachsende Widerstand der BürgerInnen gegen den Abbau öffentlicher Dienstleistungen hat bislang auf die Handels- und Investitionspolitik der EU kaum Auswirkungen gehabt. Lebensnotwendige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen vor offensiven kommerziellen Interessen und verschärften Marktregeln geschützt werden.

#### Kernprobleme

Die aggressive, marktliberale Handelsstrategie der EU gefährdet nicht nur den hohen sozialen Stellenwert der öffentlichen Dienstleistungen. Sie untergräbt gleichzeitig die entscheidende Rolle, die ein kräftiger öffentlicher Dienstleistungssektor für die Stärkung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung spielt.

Selbst in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Energiedienstleistungen zielen die BefürworterInnen des freien Markts darauf ab, die Ver-

handlungsmacht der Konzerne durch verschärfte „wettbewerbsfördernde“ Vorschriften zu stärken. Damit schränken sie den politischen Spielraum, auf demokratische Forderungen nach einem Rückzug aus einer gescheiterten Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik einzugehen, drastisch ein.

Die Europäische Kommission ignoriert die heftige und seit vielen Jahren etwa von Gewerkschaften, NGOs und lokalen politischen Gremien vorgetragene Kritik und zeigt keinerlei Bereitschaft, öffentliche Dienstleistungen aus dem Geltungsbereich von Freihandelsabkommen auszuschließen.

#### DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS

##### Öffentliche Dienstleistungen von Handelsverhandlungen ausschließen.

Die EU bekennt sich formell zu Werten wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Zudem erklärt sie, dass es ihr Ziel sei, eine Gesellschaft zu fördern, in der Pluralität, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit vorherrschen. Darüber hinaus heißt es in ihrem Gründungsvertrag ausdrücklich, dass sie diese Prinzipien auf ihre gesamte Außenpolitik anwenden will. Vor diesem Hintergrund ist der Schutz des hohen gesellschaftlichen Werts öffentlicher Dienstleistungen zweifellos eine Frage der politischen Kohärenz „innerhalb“ und „außerhalb“ Europas.

#### Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

► ihre Fokussierung auf offensive Geschäftsinteressen zur Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen bei Handelsverhandlungen aufgeben und mit dem Schutz öffentlicher Dienstleistungen beginnen, indem sie diese aus dem Geltungsbereich von Freihandels- und Investitionsverträgen ausschließt. Letztere dürfen den politischen Spielraum auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht untergraben, der gebraucht wird, um demokratische Forderungen nach (Re-)Regulierung und Entscheidungen zum Rückzug aus gescheiterten Privatisierungsmaßnahmen zu erfüllen;

► Handels- und Investitionsverhandlungen, die auf die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen in anderen Ländern drängen, abbrechen; stattdessen müssen demokratische Kontrolle, Qualität und Erschwinglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen gestärkt werden, sowohl „innerhalb“ als auch „außerhalb“ Europas;

► die entscheidende Rolle anerkennen, die ein starker öffentlicher Dienstleistungssektor für die Stärkung und Stabilisierung wirtschaftlicher Entwicklung spielen kann. Die EU muss ihren krisenanfälligen, von der Ideologie des freien Marktes geprägten Politikansatz durch einen neuen Ansatz ersetzen, der auf die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen abzielt.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 9

### Öffentliches Beschaffungswesen – ein Werkzeug für soziale Entwicklung und nicht für die Förderung von Handel

Öffentliche Beschaffung ist das Verfahren, in dessen Rahmen zentrale und lokale Regierungen sowie Körperschaftendes öffentlichen Rechts und Versorgungsbetriebe Waren, Arbeitsleistungen und Dienstleistungeneinkaufen. Bisher war das öffentliche Beschaffungswesen von multilateralen Handelsverhandlungenausgenommen, und zwar aufgrund seiner Fähigkeit, lokale und nationale strategische Interessen zu fördern; zum Beispiel können öffentliche Beschaffungsaufträge zur Entwicklung lokaler Unternehmen beitragen.

#### Kernprobleme

In Hinblick auf die Eröffnung neuer Möglichkeiten für europäische multinationale Unternehmen, sich um Verträge in anderen Ländern zu bewerben, hat die EU hartnäckig die Einbeziehung von Beschaffungsmaßnahmen in Handelsabkommen vorangetrieben.

Dieser Ansatz ist für die EU gewissermaßen ein Weg durch die Hintertür, um neue Märkte für europäische Unternehmen zu öffnen, während er zugleich den politischen Spielraum für Regierungen einschränkt, ihre eigene Wirtschaft zu steuern.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS**

##### **Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein Werkzeug für soziale Entwicklung.**

Es ist von essentieller Bedeutung, dass Handelsabkommen nicht die Fähigkeit von Behörden sowohl in Industrie – als auch in Entwicklungsländern gefährden dürfen, mit dem Geld der SteuerzahlerInnen sinnvoll umzugehen. Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein leistungsfähiges Werkzeug, das genutzt werden kann zur Schaffung und zum Erhalt gesunder lokaler Wirtschaftsstrukturen, zur Förderung einer gerechten und inklusiven Gesellschaft und zur Gewährleistung des Umweltschutzes. Gerade in Entwicklungsländern ist das öffentliche Beschaffungswesen ein sehr wichtiges makroökonomisches Werkzeug, um junge Industriezweige zu unterstützen, besonders in Zeiten der Rezession.





## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ▶ das öffentliche Beschaffungswesen als ein Werkzeug für die Förderung von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit betrachten und nicht als ein Mittel zur Steigerung des Handels;
- ▶ Behörden in ganz Europa aktiv zu fundierten und strategischen Beschaffungsentscheidungen ermutigen, um so die beste Verwendung von öffentlichen Ausgaben zu gewährleisten;
- ▶ ihrer eigenen Gesetzgebung ermöglichen, ein nachhaltiges Beschaffungswesen zu entwickeln, das sich in ihren zukünftigen Handelsverhandlungen niederschlägt;
- ▶ es ermöglichen, dass ihr Konzept des öffentlichen Beschaffungswesens für eine genaue Überprüfung und kritische Begleitung durch die Zivilgesellschaft offen ist und nicht von privaten Interessen großer europäischer Konzerne in Drittländern beherrscht wird.

Die Regierungen von Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern müssen:

- ▶ sicherstellen, dass ihnen – falls sie freiwillig in Verhandlungen mit der EU über das öffentliche Beschaffungswesen eintreten – Schutzmechanismen angeboten werden. Diese sollen den Schutz ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen und sicherstellen, dass ausreichende Reserven vorhanden sind, um Wirtschaftsentwicklungsprogramme durchzuführen, die die Gründung oder Entwicklung lokaler Industrien fördern und Industriezweige unterstützen, die von Beschaffungsverträgen mit der Regierung abhängig sind;
- ▶ darauf drängen, dass nachhaltige Beschaffungsregeln in die Abkommen mit der EU Eingang finden.



# Alternatives Handelsmandat

## Bereich 10

### Geistiges Eigentum und wie ihm menschliche Werte zu verleihen sind

Bei UrheberInnenrechten, Patenten, Handelsmarken und anderen Formen sogenannten „geistigen Eigentums“, darunter fallen auch Saatgut, neue Medikamente und industrielle Erfindungen, gehört die ausschließliche Nutzung der Vermögenswerte den BesitzerInnen der geistigen Eigentumsrechte. Diese RechteinhaberInnen können Neuerungen durch MitbewerberInnen erschweren und monopolartige Preise festsetzen, die den Zugang zu grundlegendem Wissen, Medikamente inbegriffen, beeinträchtigen. Handelsabkommen enthalten oftmals Standards zu geistigem Eigentum, die über die Forderungen des WTO-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights – TRIPS) oder der Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization – WIPO) hinausgehen.

#### Kernprobleme

Das rasante Ansteigen der gesetzlichen Befugnisse der InhaberInnen von Rechten geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights – IPR), das angetrieben wird von Regierungen der Industrieländer und von internationalen Organisationen, hat (neben anderen Ursachen) dazu geführt, dass Pharmafirmen die Einführung von Generika (Nachahmer-Medikamenten) verzögern, dass Software-Patente Wettbewerb und Folgeinnovationen behindern und dass bäuerliche Rechte auf Saatguterzeugung sowie auf Sortenvielfalt ausgehöhlt werden.

Das System der geistigen Eigentumsrechte behindert auch den Austausch von Wissen, indem es den Zugang zu Medikamenten begrenzt und den Kampf gegen den Klimawandel erschwert. Seine unnachgiebige Durchsetzung schränkt die Freiheit des Erfindens und des Wettbewerbs ein, bedroht den Zugang zu Wissen und den Schutz von Rechtsstaatlichkeit, freier Meinungsäußerung, Privatsphäre und anderen bürgerlichen Freiheitsrechten. In einigen

Bereichen führt schwacher Patentschutz zu einem Mangel an Forschung zu seltenen, aber schweren Krankheiten.

Hinzu kommt, dass die EU beabsichtigt, ihre Gesetze zu geistigen Eigentumsrechten und zu deren Durchsetzung durch Handelsabkommen zu exportieren. Dabei geht sie das Risiko einer Gesetzgebung durch die Hintertür und der Nutzung geheimer Handelsverhandlungen ein, die weit über das EU-Recht hinausgehen.

Eines der wichtigsten Instrumente zur Definition und Regulation von geistigen Eigentumsrechten (IPRs) auf internationaler Ebene ist das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS), das bei der Welthandelsorganisation (WTO) hinterlegt ist. Sogenannte „TRIPS-plus-Übereinkommen“ drohen lokale Bedürfnisse, nationale Interessen, die technologische Leistungsfähigkeit, institutionelle Kapazitäten und den Zustand des öffentlichen Gesundheitswesens vieler wenig entwickelter Länder zu übergehen.

#### **DIE VORSTELLUNG DES ALTERNATIVEN HANDELSMANDATS**

**Ein System der geistigen Eigentumsrechte, das strategischen Interessen und menschlichen Werten dient.**

Es stärkt die EU und Entwicklungsländer und dient menschlichen Werten, wenn geistige Eigentumsrechte im Rahmen von Menschenrechten, Verbraucherschutz, Wettbewerb, Datenschutzgesetzen sowie Entwicklungszielen formuliert, interpretiert und durchgesetzt werden.

# Anders Handeln

## Wie erreichen wir das? <sup>1)</sup>

Die EU und andere AkteurInnen müssen:

► zu einer breiten öffentlichen Teilnahme ermutigen; politische Entscheidungen auf Forschung statt auf Glaube, Ideologie oder Firmenlobbyismus begründen; eine transparente Forschung, mit öffentlicher Dokumentation der Methoden, Voraussetzungen, Finanzierungsquellen und der zugrunde liegenden Daten entwickeln;

► das Recht auf ein ordentliches Verfahren und einen fairen Prozess respektieren; angemessene Beweisschwellenaufrechterhalten; eine übermäßige Erweiterung von Strafbarkeit und Haftpflicht verhindern; genau überprüfen, wie private AkteurInnen die ihnen übertragene Zuständigkeit für öffentliche Belange wahrgenommen haben; sicherstellen, dass gesetzliche Strafen verhältnismäßig und angemessen sind und keine Beschränkungen für den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen enthalten, was den Zugang zum Internet oder zu notwendigen Medikamenten und zu Lehrmaterial umfasst;

► ein dauerhaftes Moratorium hinsichtlich zukünftiger Erweiterungen des UrheberInnenrechts erlassen, damit verbundener Rechte und Patentlaufzeiten; sogenannte Freie/Libre/Open-Source-Software im Wettbewerb auf die gleiche Stufe wie gesetzlich geschützte Software stellen; den Gebrauch von offener Standard-Software für Informationen, die von bzw. für öffentliche Stellen produziert wurden, einfordern; der Öffentlichkeit freien und uneingeschränkten Zugang zu allen staatlich geförderten Forschungen einräumen;

► sicherstellen, dass das Völkerrecht in einer Weise ausgelegt wird, die Staaten die größtmögliche Flexibilität beim Erlass von Beschränkungen und Ausnahmen einräumt, die ihren kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen; die Entwicklung bindender internationaler Vereinbarungen für verpflichtende Mindestbeschränkungen und Ausnahmen fördern;

► öffentliche Gelder für nicht-patentbasierte Anreizmodelle vorsehen, z.B. Preise für Innovationen, insbesondere auf Gebieten, auf denen sich Patentanreize als ungenügend erwiesen haben, wie bei der Forschung zu vernachlässigten Krankheiten und der Bereitstellung eines kostengünstigen Zugangs zu Medikamenten in Entwicklungsländern;

► Reformen vornehmen, welche die Gewährung oder Verlängerung von Patentrechten begrenzen, wenn diese nicht durch einen Nettogewinn für die Öffentlichkeit gerechtfertigt sind; das Thema der patentierbaren Gegenstände und den damit verbundenen Ideenreichtum genau überprüfen;

► sicherstellen, dass die aktuellen Vorschläge zu einer Reform des globalen UrheberInnen- und Patentrechts Entwicklungsfragen umfassend berücksichtigen und die Auswirkungen auf Entwicklungsländer bewerten;

► die Anstrengungen von Entwicklungsländern zum vermehrten Gebrauch von flexiblen Regelungen, Begrenzungen und Ausnahmen hinsichtlich geistigen Eigentums unterstützen, um damit Ziele der Politik auf Gebieten wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Ernährung und Technologietransfer voranzubringen.



<sup>1)</sup> Dieser Abschnitt bezieht sich auf und zitiert aus: Global Congress, 2011, The Washington Declaration on Intellectual Property and the Public Interest, <http://infojustice.org/washington-declaration>

# Fotodokumentation

## Aktionen TTIP-CETA-STOPPEN



# Anders Handeln



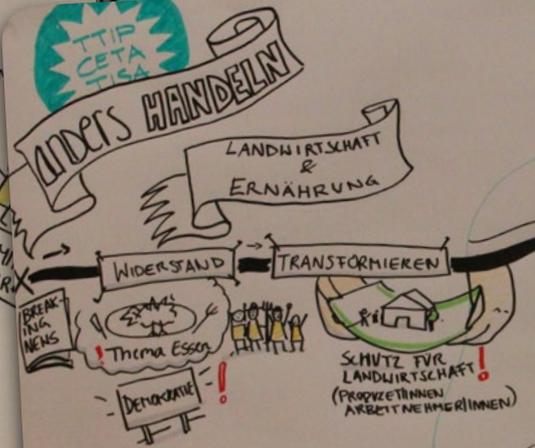
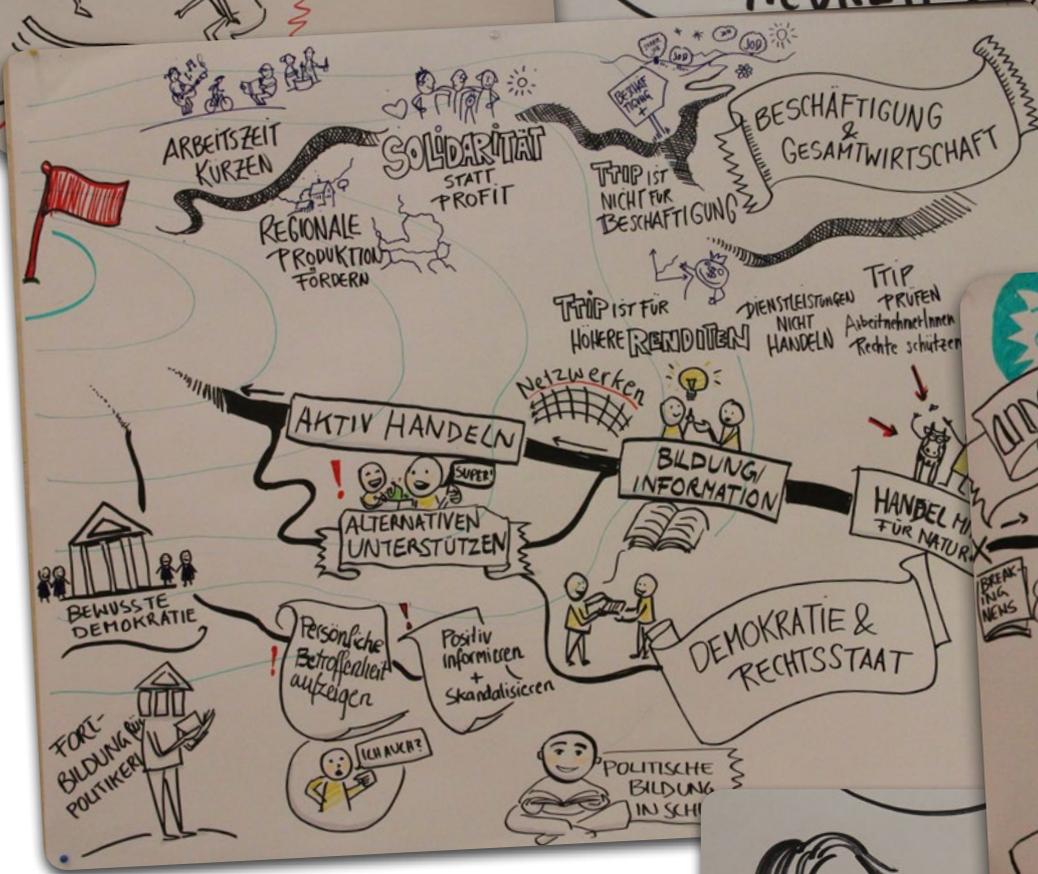
# Fotodokumentation

## Aktionen TTIP-CETA-STOPPEN





# Graphic Recording Konferenz – Arbeitsgruppen



# Anders Handeln



# CETA = TTIP 1.0



CETA ist die Abkürzung für „Comprehensive Economic and Trade Agreement“. Darin werden internationalen Konzernen und InvestorInnen besondere Rechte eingeräumt, während jene der BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Umweltschutz eine untergeordnete Rolle spielen. Trotz des riesigen Widerstands der ÖsterreicherInnen möchte die FPÖVP-Regierung CETA so bald wie möglich ratifizieren.

2014 haben Attac, Via Campesina, die PRO-GE, GLOBAL 2000 und Südwind gemeinsam die TTIP STOPPEN-Plattform initiiert. Mehr als 60 Organisationen haben sich dieser Plattform angeschlossen, um gemeinsam TTIP wie auch CETA und TiSA zu verhindern. Auch in vielen österreichischen Bundesländern sind breit aufgestellte Plattformen gegen TTIP, CETA und TiSA entstanden. TTIP liegt derzeit aufgrund von Wahlen in vielen wichtigen EU-Ländern und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten auf Eis.

Ein Großteil von CETA ist seit 21. September 2017 vorläufig in Kraft getreten. Der massive Druck der Zivilgesellschaft hat die Regierungen vieler EU Länder so unter Druck gesetzt, CETA als gemischtes Abkommen in die Ratifizierung zu schicken. Neben dem Rat der Handels- und WirtschaftsministerInnen und dem Europäische Parlament müssen auch alle 28 nationale Parlamente und einige regionale Parlamente CETA zustimmen. Erst dann kann CETA nicht vollständig in Kraft treten. Insbesondere die umstrittenen Sonderklagsrechte für Konzerne treten erst dann in Kraft. CETA hat also noch einen langen Weg vor sich und kann noch gestoppt werden.

Die Argumente der CETA-BefürworterInnen lauten gleich wie jene für TTIP: Steigerung des Wirtschaftswachstums und damit Arbeitsplätze durch den Wegfall von Zöllen und handelshemmenden Regulierungen. Somit könnte mehr exportiert werden. Aber: CETA enthält all jene Dinge, die wir bereits massiv an TTIP kritisiert haben!

## **CETA = Sonderklagsrechte für Konzerne auf Kosten der Demokratie**

Mit CETA drohen die gleichen Schiedsgerichtsverfahren wie mit dem EU-USA-Abkommen TTIP. US-Konzerne müssten lediglich eine Tochterfirma in Kanada eröffnen und könnten so mittels CETA europäische Staaten verklagen, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern. Daran ändert auch ein Investitionsgerichtshof nichts (der jetzt als „großartige Änderung“ im Anhang des Abkommens festhalten werden soll). Damit wollen die EU Kommission und

CETA/TTIP-BefürworterInnen wie z. B. die europäischen Konservativen und viele der SozialdemokratInnen im Europaparlament uns weismachen, jetzt sei alles gut und unsere Sorgen und Kritik wären aufgegriffen worden.

## **CETA = Kein Zurück nach Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen**

Die EU und Kanada verpflichten sich mit CETA, bisher durchgeführte Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen nicht mehr rückgängig zu machen. Wenn eine Gemeinde, ein Bundesland oder ein Staat sich dennoch dazu entschließt, drohen künftig teure Konzernklagen aufgrund entgangener Profite. Rekommunalisierungen von Stadtwerken, Krankenhäusern oder Verkehrslinien wäre ein Riegel vorgeschoben oder es würde schlicht sehr teuer. Ähnliches würde für Vorhaben wie die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung gelten. Schon mit der bloßen Androhung einer Klage könnten Versicherungskonzerne ein solches Projekt für alle Zeit stoppen.

## **CETA = Türöffner für Gentechnik**

CETA zielt darauf ab, das in der EU geltende Vorsorgeprinzip durch ein Prinzip, das angeblich „wissenschaftsbasiert“ sein soll zu ersetzen: Potentiell gefährliche Produkte und Technologien können demnach erst aus dem Verkehr gezogen werden, wenn ihre Schädlichkeit zweifelsfrei nachgewiesen ist – und damit oft viel zu spät. Gentechnik kann auf diese Weise durch die Hintertür wieder auf unsere Teller kommen.

## **CETA = Fracking und Ölsand Treibstoffe: Gas-Gefahr für unsere Umwelt**

CETA würde Fracking und Ölsand-Treibstoffe nach Europa bringen. Schon seit Verhandlungsbeginn 2009 liegt eine EU-Treibstoffrichtlinie auf Eis, die ein Importverbot für kanadische Ölsand-Treibstoffe bedeuten würde. Ölsand-Treibstoffe sind um 23 Prozent klimaschädlicher als herkömmliche fossile Treibstoffe, für ihre Gewinnung werden riesige Landstriche verwüstet. Die Öl-Lobby drängte damals auf

# Anders Handeln

einen CETA-Beschluss, bevor die Treibstoffrichtlinie kommt. Denn wenn CETA in Kraft ist, können Exxon, Chevron & Co. Regeln zum Klimaschutz leicht weglassen. Und mit Sonderklagerechten können sie zukünftig allfällige unliebsame Gesetze entweder aushebeln oder sich teuer bezahlen lassen. Klimaschutz wird mit CETA unmöglich oder viel teurer. Die Klage von TransCanada – ein Unternehmen, das die Keystone XL Pipeline für Ölsande quer durch die USA bauen wollte – ist der beste Beweis dafür. Nach dem Stopp der Obama Regierung dieses Projekt aufgrund von massiven BürgerInnenprotesten gestoppt hatte, reichte TransCanada Anfang 2016 bei der Weltbank eine Klage gegen die USA ein.

## **CETA = Dreister Plan: TTIP durch die Hintertür**

Würde CETA ratifiziert und umgesetzt werden, dann würden nicht nur all die oben beschriebenen Dinge kommen. Dann würden nicht nur kanadische Konzerne die Vorteile von Sonderklagerechten in

der EU genießen, sondern auch US-amerikanische Konzerne. Denn die kanadische Wirtschaft ist weitestgehend von US-Unternehmen dominiert. Mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Kanada stammen aus den USA. Praktisch alle namhaften US-Konzerne haben Tochterfirmen und Niederlassungen in Kanada und können mittels CETA europäische Staaten verklagen, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern. Allein bis Ende 2013 wurden 22% aller bekannten ISDS-Fälle von US-Investoren angestrengt, und die überwiegende Mehrheit der Anwaltsfirmen, die Kläger und/oder Staaten vertreten, sind in den USA beheimatet.

Wir wollen CETA genauso wenig wie TTIP!

**Mach mit und werde Teil der österreichischen und europäischen Bewegung, die CETA verhindert! Nähere Informationen unter:**

[www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at)



## **CETA – nicht mit uns!!**

Wir planen eine Vielzahl von Aktionen (online und offline), um CETA auf nationaler Ebene zu verhindern.

Unter [www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at) finden sich alle relevanten und aktuellen Informationen und Aufrufe, aktiv zu werden. **Gemeinsam können wir CETA stoppen!**



# Über 400 Gemeinden sind TTIP/CETA/TiSA-frei



2015 haben wir uns zum Ziel gesetzt 250 Gemeinden in Österreich davon zu überzeugen, sich TTIP-frei, CETA-frei und TiSA-frei zu erklären. Anfang 2018 sind es bereits über 400 Gemeinden!

## Soziale und ökologische Regionalpolitik eingeschränkt, Daseinsvorsorge in Gefahr

TTIP, CETA und TiSA betreffen die Länder und Gemeinden unmittelbar. Städte, Gemeinden und deren Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen oder Universitäten könnten schnell in Konflikt mit den Regeln der Abkommen geraten, wenn sie regionale Waren oder AnbieterInnen bevorzugen wollen. Das Recht Dienstleistungen in Eigenregie oder im Gemeindeverbund anzubieten, wäre in Frage gestellt. Eine eigenständige Regionalpolitik mit sozialer oder ökologischer Ausrichtung wäre somit stark eingeschränkt.

## Liberalisierung ist Vorstufe zu Privatisierung

Für öffentliche AnbieterInnen, die durch Liberalisierungen einem Wettbewerb mit Privaten ausgesetzt sind, bedeuten gemeinnützige Kriterien wie soziale Tarife, ökologische Aspekte oder Versorgungsqualität einen Wettbewerbsnachteil. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass mit der Liberalisierung auch der Druck steigt öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Eine weitere Folge der Abkommen wäre, dass einmal beschlossene Liberalisierungen für die Zukunft festgeschrieben („standstill-Klausel“) wären und nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Dabei werden in zahlreichen EU-Ländern Dienstleistungssektoren wieder von privater in kommunale Hand zurückgeholt.

## Sonderklagerechte für Konzerne. Diese könnten auch gegen Kommunen klagen

Konzerne können durch den Investitionsschutz (ICS) – wie er in CETA vorgesehen und in anderen zukünftigen Abkommen geplant ist – auch indirekt Gemeinden vor privaten Schiedsgerichten verklagen. Verschärft eine Gemeinde beispielsweise Umweltauflagen, kann ein ausländischer Investor dies als „indirekte Enteignung“ interpretieren und dagegen klagen

## Wir fordern:

- Das Ablehnen des CETA-Abkommens durch die österreichische Regierung bzw. die Abgeordneten des Nationalrates.

- Kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken.

- Kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, die Sonderklagerechte für Konzerne enthalten.

- Das Aussetzen der TiSA-Verhandlungen und keine Neuaufnahme der TTIP-Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt.

- Die Offenlegung der Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere von TiSA.

- Die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

## Anders Handeln: Erhalten wir Bildung, Gesundheit, Wasser und vieles mehr als öffentliche Güter.

Sie dürfen keine Waren sein, die sich nur wenige leisten können. In Handelsabkommen haben sie daher nichts zu suchen. Bauen wir öffentliche Dienstleistungen so aus, dass sie allen Menschen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen.

Auch als Plattform „Anders Handeln“ werden wir uns weiter für den regulatorischen Gestaltungsspielraum der Gemeinden und Länder einsetzen. Wir wollen gemeinsam mit BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen auf lokaler Ebene an konkreten Alternativen zur neoliberalen Agenda arbeiten.

Daseinsvorsorge heißt für uns:

**Gemeinsam organisieren,  
was lebenswichtig ist!**

Alle Informationen, Musterantrag, Materialien: <https://www.ttip-stoppen.at/kategorie/aktionen/ttip-in-den-gemeinden/>

## Broschüren

### Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA TTIP, CETA und Tisa

Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Städte und Gemeinden in Österreich:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/11/Broschüre\\_Kommunen\\_download.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/11/Broschüre_Kommunen_download.pdf)

TTIP, CETA und TISA – Handels- und Investitionspolitik im Dienste der Konzerne:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/broschüre\\_ceta\\_download.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/broschüre_ceta_download.pdf)

Was bedeutet TTIP für kleinere und mittlere Unternehmen?: Kurzfassung:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/kmu\\_broschu%CC%88re.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/kmu_broschu%CC%88re.pdf)

Langfassung:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/KMU\\_TTIP\\_Studie\\_Attac-FINAL.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/KMU_TTIP_Studie_Attac-FINAL.pdf)

CETA lesen und verstehen – Analyse des EU-Kanada Freihandelsabkommen:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/CETA\\_Lesen\\_und\\_verstehen.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/CETA_Lesen_und_verstehen.pdf)

Der große CETA Schwindel:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/der\\_grosse\\_ceta\\_schwindel.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/der_grosse_ceta_schwindel.pdf)

### Freihandel bedeutet Deregulierung von erkämpften Standards:

Ein gefährliches regulatorisches Duett – Wie Bürokraten und Großunternehmen durch die transatlantische Zusammenarbeit bei TTIP dem Gemeinwohl schaden könnten:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/TTIP-Studie-Ein-gef%C3%A4hrliches-regulatorisches-Duett.pdf>

### Freihandelsabkommen gefährden unsere Demokratie:

Handelsabkommen, die die Demokratie gefährden:

<http://www.iuf.org/w/sites/default/files/ONLINE%20TradeDealsThatThreatenDemocracy-d.pdf>

[English] A Transatlantic Corporate Bill of Rights – Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy:

[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/ceo\\_jun-2013\\_transatlantic-bill-of-rights.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/ceo_jun-2013_transatlantic-bill-of-rights.pdf)

### Freihandelsabkommen bedrohen den Klimaschutz:

Eine ISDS-Ausnahmeregelung zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/VanHarten-A4-Ger-bleed.pdf>

Fracking auf TTIP komm raus – Wie das EU-USA

Freihandelsabkommen Klima- und Umweltschutz untergräbt:  
[https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/kurzstudie-fracking-ttip\\_mc3a4rz-2014\\_-ceo-powershift-foe.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/kurzstudie-fracking-ttip_mc3a4rz-2014_-ceo-powershift-foe.pdf)

### Freihandelsabkommen bedrohen Daseinsvorsorge und öffentliche

Der stille Angriff auf öffentliche Dienstleistungen – Wie EU-Verhandler und Wirtschaftslobbyisten bei CETA und TTIP an einem Strang ziehen:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/Der-stille-Angriff-auf-oeffentliche-Dienstleistungen.pdf>

Rekommunalisierung – Städte und Bürgerinnen nehmen die öffentlichen Dienste wieder in die eigene Hand:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/Rekommunalisierung-Staedte-und-buergerinnen-nehmen-die-oeffentlichen-Dienste-wieder-in-die-eigene-Hand.pdf>

### Investitionsschutz und ISDS (Klagerechte):

Totgesagte leben länger – Der ISDS-Zombie.

Wie die EU-Kommission gefährliche Konzernklagerechte weiterleben lässt:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/03/ISDS-Zombie-Zusammenfassung-DE.pdf>

Auf Messers Schneide – Gefährliche Weichenstellung für ISDS:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/Au-f-Messers-Schneide-Gefa%CC%88hrliche-Weichenstellung-fu%CC%88r-ISDS.pdf>

Investorenschutz am Scheideweg – TTIP und die Zukunft des globalen Investitionsrechts:

<http://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/07/bc3b61l-investorenschutz.pdf>

Fallbeispiele zu Konzernklagen gegen Staaten:

[http://www.attac.de/fileadmin/user\\_upload/Kampagnen/ttip/fallbeispiele\\_Schiedsgerichte\\_final-neu.pdf](http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/fallbeispiele_Schiedsgerichte_final-neu.pdf)

## Alternativen:

Das Alternative Handelsmandat für die Europäische Union – Zeit für eine neue Vision:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/Alternatives-Handelsmandat-Langfassung.pdf>

Das Alternative Handelsmandat – Menschen und Planet

zuerst. Kurzfassung: [https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/resumen\\_ATM-DE-PRINT.pdf](https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2014/09/resumen_ATM-DE-PRINT.pdf)

UN Treaty – Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft:

<https://www.ttip-stoppen.at/wp-content/uploads/2016/08/UN-Treaty-Fu%CC%88r-eine-menschenrechtliche-Regulierung-der-globalen-Wirtschaft.pdf>

### Internet Links:

[www.ttip-stoppen.at](http://www.ttip-stoppen.at) [www.attac.at](http://www.attac.at)

Dokumentation aller Aktionen seit 2014: [www.proge.at/andershandeln](http://www.proge.at/andershandeln)



Die Initiatoren **Anders Handeln**

**%attac**



**ÖBV**  
via campesina austria

**SÜDWIND**

**PRO-GE**  
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

**vida**

**younion**

**KAB**  
KATHOLISCHE ARBEITERNINNEN  
BEWEGUNG ÖSTERREICH

und viele weitere Organisationen

[www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at)